

„IN DER BVV KANN DER KAMPF GEGEN RECHTSEXTREMISMUS NICHT GEWONNEN WERDEN, MUSS DORT ABER DENNOCH GEFÜHRT WERDEN.“

Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK)

Projekt: „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins –
Dokumentation und Analyse“



IMPRESSUM

Herausgeber: Verein für Demokratische Kultur in Berlin e. V. (VDK)
Chausseestraße 29 | 10115 Berlin
Telefon 030. 240 45 430 | Fax 030. 240 45 319
E-Mail info@vdk-berlin.de

V.i.S.d.P.: Bianca Klose, Verein für Demokratische Kultur in Berlin e. V. (VDK)
Redaktion: Vera Henßler, Juliane Lang, Yves Müller, Mathias Wörsching
Layout: Novamondo Design | www.novamondo.de
Auflage: 1000 Exemplare

Bildnachweise: Die Bildrechte liegen, soweit nicht anders angegeben, beim VDK e. V.
Alle Rechte bleiben bei den Fotograf/innen.

Titelbild: Abstimmung bei einer Sitzung der BVV Pankow im Bezirksamt Pankow
Titel: Das Zitat des Titels „In der BVV kann der Kampf gegen Rechtsextremismus nicht gewonnen werden, muss dort aber dennoch geführt werden.“ stammt von Erik Gührs, Verordneter in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Lichtenberg von Berlin (SPD).

Copyright: Verein für Demokratische Kultur in Berlin – Initiative für urbane Demokratieentwicklung e. V. (VDK).
Alle Rechte vorbehalten.
Berlin im Dezember 2009

DAS PROJEKT „AUSEINANDERSETZUNG MIT RECHTS- EXTREMISMUS IN KOMMUNALEN GREMIEN BERLINS“...

- ... dokumentiert die Aktivitäten der Rechtsextremen in den kommunalen Gremien und analysiert ihre Vorgehensweisen,
- ... beschreibt die Handlungsweisen der demokratischen Verordneten im Umgang mit den rechtsextremen Strategien in kommunalen Gremien und
- ... beobachtet die Auswirkungen rechtsextremer Präsenz in den Bezirksverordnetenversammlungen auf das Gemeinwesen.

ZIEL DES PROJEKTES IST ES ...

- ... kommunale Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus zu unterstützen,
- ... auf der Basis des Erfahrungswissens der demokratischen Verordneten prozessbezogen und praxisorientiert Handlungsstrategien weiterzuentwickeln sowie
- ... zu einer kontinuierlichen Entwicklung von Präventions- und Interventionsmöglichkeiten im Umgang mit Rechtsextremismus beizutragen, um mit ihnen demokratische Handlungsräume zu verteidigen.

Das Projekt bietet demokratischen Verordneten und ihren Fraktionen fachliche Unterstützung an. Gerne nehmen Vertreter/innen des Projektes an Austauschrunden und Informationsveranstaltungen teil. Darüber hinaus werden auf Grundlage der Dokumentationen und fachlichen Analysen Workshop-Module sowie Publikationen erarbeitet.

INHALT

- 03 Verordnete von NPD und REP in Berliner Bezirksverordnetenversammlungen
- 04 Grußwort des Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin, Walter Momper
- 06 Vorwort

08 AKTUELLE ENTWICKLUNGEN IN DER DEMOKRATISCHEN AUSEINANDERSETZUNG MIT RECHTSEXTREMEN IN KOMMUNALEN GREMIIEN – EINE KURZE EINFÜHRUNG

12 DER PARTEIFÖRMIGE RECHTSEXTREMISMUS AUF BUNDES-, LANDES- UND KOMMUNALER EBENE – AKTUELLE ENTWICKLUNGEN

- 13 Krise und vorläufige Konsolidierung der NPD
- 13 Schwächung der Berliner NPD
- 15 Bruch zwischen NPD und DVU
- 15 Teilerfolge der NPD bei Kommunal- und Landtagswahlen
- 16 Rechtsextreme in den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen 2009
- 17 Schwerpunkt Lichtenberg: Zwischen Normalisierung und Provokation
- 18 Treptow-Köpenick: Verringerte Aktivitäten und ein neues Gesicht
- 19 Abnehmende Aktivitäten: Neukölln, Marzahn-Hellersdorf und Pankow

22 HERAUSFORDERUNGEN UND ENTWICKLUNGSPOTENZIALE IM UMGANG MIT RECHTSEXTREMEN: DIE EINSCHÄTZUNGEN DEMOKRATISCHER BEZIRKSVERORDNETER

- 23 Strategien und Vorgehensweisen der Rechtsextremen in den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen
- 26 Umgang mit rechtsextremen Verordneten im kommunalpolitischen Arbeitsalltag
- 29 *Alles andere als harmlos – Umgang mit rechtsextremen Frauen in kommunalen Gremien*
- 30 Handlungssicherheit oder schleichende Gewöhnung?
- 31 Zusammenarbeit der Demokrat/innen auf Bezirksebene
- 32 Bezirksübergreifender Austausch
- 33 Good Practice im kommunalpolitischen Umgang mit Rechtsextremismus
- 35 Fazit

37 DOKUMENTARISCHER ANHANG

- 38 Bundesweiter Appell der Demokrat/innen: „Eckpunkte für den Umgang mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien“
- 40 BVV-Verordnete von NPD, DVU, REP sowie rechtsextreme BVV-Verordnete ohne Parteizugehörigkeit in Berlin
- 41 Dokumentation ausgewählter Redebeiträge und Anträge aus der BVV Lichtenberg
- 45 Tabellarische Dokumentation der rechtsextremen Anträge und Anfragen
- 47 Quantitative Entwicklung der Mandate von NPD und NPD-nahen Listen in den kommunalen Gremien der Bundesländer von 2004 bis 2009
- 48 Literaturtipps
- 49 Empfehlenswerte Internetseiten

VERORDNETE VON NPD UND „REPUBLICANERN“ (REP) SEIT DEN WAHLEN ZU DEN BERLINER BEZIRKS- VERORDNETENVERSAMMLUNGEN VON 2006



* Durch den Austritt des NPD-Verordneten Wolfgang-Dieter Chieduch aus Fraktion und Partei im August 2008 verlor die NPD ihren Fraktionsstatus. Chieduch legte sein Mandat jedoch nicht nieder.

** Im Juni 2009 legte der NPD-Verordnete Eckart Bräuniger sein Mandat nieder. Für ihn ist Mandy Schmidt nachgerückt.

*** Im Oktober 2009 verließ der NPD-Verordnete Thomas Vierk seine Partei, behielt sein Mandat in der BVV jedoch bis auf weiteres.

GRUSSWORT

DES PRÄSIDENTEN DES ABGEORDNETENHAUSES VON BERLIN,
WALTER MOMPER

Liebe Leserinnen und Leser,

Politikerinnen und Politiker achten bei Wahlergebnissen zunächst einmal auf das Ergebnis der eigenen Partei. Bei jeder Wahl sind wir gespannt, wie das Volk sein Recht auf souveräne Mitbestimmung genutzt hat.



Aber wir Politiker schauen auch auf die Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien. Mit Erschrecken haben wir in den letzten Jahren festgestellt, dass in vielen Kommunen Deutschlands inzwischen Parteien mit rechtsextremem Gedankengut wie die NPD, die DVU und die Republikaner – antidemokratische Organisationen, die sich als bürgernahe Parteien tarnen – vertreten sind. Leipzig, Rostock, Saarbrücken, Erfurt, Trier: Die NPD zog nach den Kommunalwahlen im Juni 2009 in etliche Stadtparlamente ein. Diese Wahl war ein deutliches Signal dafür, dass sich die NPD flächendeckend festsetzen will. Auch in einigen Berliner Bezirksverordnetenversammlungen sind Rechtsextreme vertreten. Ihre Anwesenheit und Arbeit im Parlament darf nicht zur Normalität werden. Für die NPD ist die Teilhabe an der parlamentarischen Arbeit nur Mittel zur Abschaffung des Parlamentarismus und der Demokratie.

Vor diesen genannten Realitäten dürfen wir aber nicht die Augen verschließen. Mit Geschlossenheit müssen wir uns gegen Rechtsextreme in den Parlamenten, Bezirksverordnetenversammlungen und Kreistagen stellen. Notwendig ist die Verständigung der demokratischen Parteien untereinander über ein gemeinsames Vorgehen. Eine ablehnende Haltung muss von Beginn an Konsens sein. Wichtig sind gemeinsame Absprachen über den Umgang mit Rechtsextremen bei den Plenarsitzungen, in der Ausschussarbeit und der täglichen parlamentarischen Arbeit.

Antisemitisches, rechtsextremes und rassistisches Gedankengut ist und bleibt inakzeptabel! Wir müssen dafür sorgen, dass die Grundrechte und Freiheiten unserer demokratischen Gesellschaft auch für nachfolgende Generationen erhalten bleiben.

Daher begrüße ich es ausdrücklich, dass die Parlamentarier unterschiedlicher Bundesländer und politischer Gremien ihre Erfahrungen austauschen, miteinander diskutieren und sich über den zukünftigen Umgang mit rechtsextremen Politikern in unseren demokratischen Häusern verständigen.

Alle demokratischen Politikerinnen und Politiker sind gefordert hinzuschauen, ihre Wähler auf der politischen Bühne gegen diese Verfassungsfeinde zu verteidigen und den Kolleginnen und Kollegen bei der Begegnung mit den Faschisten und Nationalisten der rechtsextremen Parteien im parlamentarischen Alltag beizustehen.

Ich danke deshalb den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Projekts „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse“ des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin e. V. für die Unterstützung, die sie uns mit ihrer Arbeit zuteil werden lassen.

A handwritten signature in black ink that reads "Walter Momper". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

Walter Momper

VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser,

seit 2006 sitzen die NPD und die Republikaner in fünf Berliner Bezirken in den Bezirksverordnetenversammlungen. Besonders viel politisches Kapital konnten sie daraus bislang allerdings nicht schlagen – die demokratischen Parteien sind sich im Umgang mit den Rechtsextremen weitgehend einig und verurteilen gemeinsam deren Auftreten und Forderungen. Dennoch nutzen die Rechtsextremen geschickt die Möglichkeiten, die ihnen die Infrastruktur der Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) und das Arbeiten darin bieten. Vor allem die Erfahrungen in den letzten beiden Jahren haben gezeigt, dass die rechtsextremen Verordneten im Ausnutzen der BVV dazu gelernt haben und sich nur noch dort engagieren, wo es ihren Zwecken dient.

Der bundesweite Erfahrungsaustausch, den das Projekt „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins“ des „Vereins für Demokratische Kultur“ im Herbst 2009 durchführte, hat vor allem die längerfristigen Folgen der Anwesenheit von Rechtsextremen für die demokratische Kultur deutlich gemacht. So halten sich z. B. demokratische Verordnete in ihrer Kritik gegenüber der Kommune zurück, um den Rechtsextremen keine Steilvorlage zu bieten, oder, schlimmer noch, sie trauen sich nicht mehr, frei in den kommunalen Gremien zu sprechen, weil sie sich durch die Präsenz der rechtsextremen Verordneten und deren Anhänger/innen im Zuschauerraum eingeschüchtert fühlen.

Für den organisierten, parteiförmigen Rechtsextremismus ist die Kommunalpolitik von entscheidender machtstrategischer Bedeutung, vor allem die kommunale Verankerung in Stadt- und Gemeinderäten und in Kreistagen. Udo Voigt, der Bundesvorsitzende der NPD, wird nicht müde zu betonen, dass ein „kommunalpolitischer Unterbau“ unabdingbar sei für die machtpolitischen Ambitionen der NPD. Die Finanzkrisen der NPD sowie die mit dem aktuellen Modernisierungsprozess verbundenen Streitigkeiten innerhalb der rechtsextremen Szene in Berlin und im Bund dürfen nicht darüber hinweg täuschen, dass die NPD im Bezug auf diesen „kommunalpolitischen Unterbau“ außerordentlich erfolgreich ist.

Gerade die Landtags- und Kommunalwahlen haben 2009 wiederholt gezeigt, dass die NPD in vielen, vor allem ländlichen Gegenden Deutschlands auf ein stabiles Stammwählerinnen- und wählerpotenzial zurückgreifen kann, auf ein Potenzial, das ihr zahlreiche Mandate in kommunalen Gremien und in Sachsen zum ersten Mal sogar die Verteidigung von Landtagsmandaten einbrachte. Nahezu überall, wo die NPD antrat, gelang ihr der Einzug in das jeweilige politische Gremium. Ende 2009 sitzen somit deutschlandweit mehr als 300 (!) NPD-Verordnete in kommunalen Gremien.

Die Mandate machen deutlich, dass mittlerweile in vielen Regionen ein rechtsextremes Stammwähler/innenpotenzial mobilisierbar ist und dass rassistische Einstellungsmuster anscheinend in der Gesellschaft weit verbreitet sind. Beides wurde bei den Bundestagswahlen 2009 leider auch für mehrere Berliner Bezirke bestätigt. Das heißt jedoch nicht, dass wir uns schon jetzt mit einem Wiedereinzug rechtsextremer Parteien in Bezirksverordnetenversammlungen abfinden sollten – im Gegenteil.

Die demokratische Kommunalpolitik ist nicht nur auf ganz unmittelbare und sogar persönliche Weise mit der Präsenz des Rechtsextremismus konfrontiert, ihr kommt dadurch auch eine große Verantwortung zu. Doch nicht weniger groß sind auch ihre Möglichkeiten, menschenverachtende und demokratiefeindliche Bestrebungen abzuwehren.



Von links: Sabine Berninger (Mitglied des thüringischen Landtags, Die Linke), Sylvia Bretschneider (Präsidentin des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern), Lorenz Korgel (Koordinator des Berliner Beratungsnetzwerkes), Miro Jennerjahn (Mitglied des sächsischen Landtags, Bündnis90/Grüne), Götz Ulrich (Bürgermeister Verbandsgemeinde An der Finne, Sachsen-Anhalt, CDU) und Matthias Schmidt (Verordneter in der BVV Treptow-Köpenick, SPD) bei der Podiumsdiskussion am 03. September 2009 im Centrum Judaicum

In der unmittelbaren Auseinandersetzung mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien gilt es für die demokratischen Parteien, den Spielraum der Rechtsextremen so weit wie möglich einzuschränken und ihren menschenverachtenden Inhalten die demokratische Kultur entgegen zu setzen, im besten Fall so öffentlichkeitswirksam, dass auch die Bürgerinnen und Bürger den verfassungsfeindlichen und rechtsextremen Charakter dieser Partei und ihrer Politik nachvollziehen – und ihn ablehnen. Bürgerinnen und Bürger sollen erkennen, dass die NPD für die Probleme unserer Gesellschaft keine seriösen und keine praktikablen Antworten hat, nicht einmal auf lokaler Ebene.

Wir freuen uns sehr, dass das VDK-Projekt „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse“ nach 2008 auch in diesem Jahr eine Handreichung erarbeiten konnte, und wir hoffen, dass auch die vorliegende Ausgabe wieder all denjenigen helfen wird, die alltäglich der Herausforderung des Rechtsextremismus die Stärkung demokratischer Kultur entgegenstellen.

Unser Dank gilt all jenen, die durch ihre politische Arbeit und ihre Erfahrungsberichte, durch Anregungen und den gemeinsamen fachlichen Austausch sowie, nicht zuletzt, durch das uns entgegengebrachte Vertrauen die vorliegende Handreichung erst möglich gemacht haben.

Bianca Klose und Timo Reinfrank

*Geschäftsführerin und Vorstand
Verein für Demokratische Kultur in Berlin e. V.*

AKTUELLE ENTWICKLUNGEN

IN DER DEMOKRATISCHEN AUSEINANDERSETZUNG
MIT RECHTSEXTREMEN IN KOMMUNALEN GREMIEN –
EINE KURZE EINFÜHRUNG



Sitzung der BVV Treptow-Köpenick im Rathaus Köpenick

Wenige Tage vor der Bundestagswahl am 27. September 2009 erhielten über 30 Berliner Kommunal- und Landespolitiker/innen mit Migrationshintergrund ein offiziell wirkendes Schreiben. Im Namen eines erfundenen „Beauftragten für Ausländerrückführung“ wurden die Adressat/innen aufgefordert, Deutschland zu verlassen und sich schon jetzt um Arbeit und Unterkunft in ihren Herkunftsländern zu bemühen.¹ Verantwortlich für dieses Schreiben zeichnete der Berliner Vorsitzende der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD), Jörg Hähnel, der auch im Bundesvorstand der rechtsextremen Partei und in der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg sitzt. Derzeit wird daher gegen Hähnel wegen Volksverhetzung ermittelt.

Die diffamierenden Schreiben der Berliner NPD sind der Versuch, kurz vor der Bundestagswahl durch einen inszenierten Skandal in die Massenmedien zu kommen und sich so der rechtsextremen Klientel als Wahloption zu empfehlen. Zudem schüchtern solche Aktionen die Betroffenen ein und erzeugen ein Klima der Angst.

Tabubrüche und Skandalinszenierungen sind ein wichtiger Bestandteil des strategischen Vorgehens Rechtsextremer in den kommunalen Gremien Berlins. Die Provokationen werden durch Versuche ergänzt, Anliegen und Sorgen der Bevölkerung aufzugreifen und sich unter Verzicht auf allzu offensichtliche rechtsextreme Ideologisierung als „Anwälte der kleinen Leute“ und als normale, wählbare Partei darzustellen. Diese Doppelstrategie aus gezielter Provokation einerseits und Normalisierung andererseits kennzeichnet die rechtsextremen Aktivitäten in den kommunalen Gremien Berlins bereits seit den Wahlen vom September 2006, als die NPD und die „Republikaner“ (REP) mit damals insgesamt zwölf Mandaten in fünf Berliner Bezirksverordnetenversammlungen einziehen konnten. Im Winter 2008 brachte das neu gegründete Projekt „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in den kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse“ die Publikation „Berliner Erfahrungen“ heraus, die das Vorgehen der Rechtsextremen in den Bezirksverordnetenversammlungen und den Umgang der demokratischen Kommunalpolitiker/innen damit untersuchte.²

Heute, ein weiteres Jahr später, wird mit der vorliegenden Publikation bereits die zweite Handreichung des Projektes zum Umgang mit rechtsextremen Mandatsträger/innen in den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen präsentiert. Sie soll den Veränderungen Rechnung tragen, die sich von Herbst 2008 bis Herbst 2009 sowohl in den Handlungsweisen der demokratischen Kommunalpolitiker/innen Berlins als auch im Vorgehen der rechtsextremen Bezirksverordneten ergeben haben.

Nach wie vor stellt die Kommunalpolitik ein zentrales Feld rechtsextremer Bemühungen um politischen und kulturellen Einfluss dar. Vor allem für die NPD sind möglichst viele Mandate in kommunalen Gremien eine wichtige Voraussetzung für den von ihr erhofften Sprung in Landtage und in den Bundestag. Letztlich sollen diese Wahlerfolge dann den Weg zu einer autoritären, völkisch-rassistischen Gesellschaftsordnung ebnen. Demokratische Kommunalpolitiker/innen sind fortdauernd damit konfrontiert, dass rechtsextreme Mandatsträger/innen die demokratischen Spielräume und Verfahrensregeln für antidemokratische und gegen Menschenrechte gerichtete Agitation missbrauchen.

Die Frage, wie dem Rechtsextremismus in kommunalen Gremien zu begegnen ist, kann nicht losgelöst von seiner Gesamtentwicklung beantwortet werden, vor allem nicht losgelöst von der Entwicklung der NPD. Daher werden im ersten Teil der Publikation die seit 2008 andauernde und erst im Laufe des Jahres 2009 vorläufig überwundene, innerparteiliche Krise der NPD sowie der Bruch des sog. „Deutschlandpaktes“ zwischen den beiden rechtsextremen Parteien NPD und DVU beleuchtet. Des Weiteren geht es um die (ebenfalls krisenhafte) Entwicklung des Berliner NPD-Landesverbandes. Die leitende Fragestellung lautet, wie sich diese Entwicklungen auf die Situation in den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen auswirken.

Für eine fundierte Einschätzung müssen ferner die Ergebnisse des „Superwahljahrs“ 2009 einbezogen werden. Durch die Wahlen in 2009 konnte die NPD die Zahl ihrer kommunalpolitischen Mandate beträchtlich erhöhen, und zum ersten Mal in ihrer Geschichte schaffte sie sogar den Wiederein-

zug in einen Landtag. Die Wahlen machten deutlich, dass sich vielerorts in der Bundesrepublik eine rechtsextreme Stammwähler/innenschaft gefestigt hat. Für Berlin, wo sich dieser Trend schon bei den letzten Kommunalwahlen im September 2006 zeigte, ist sogar ein erneuter Einzug der NPD in die Bezirksverordnetenversammlungen bei den nächsten Wahlen 2011 nicht unwahrscheinlich.³ Obwohl die Ergebnisse von Bundes- und Landtagswahlen nur bedingt Rückschlüsse auf Kommunalwahlen zulassen, scheint der Ausgang der Bundestagswahl vom 27. September 2009 die These von der Etablierung einer rechtsextremen Stammwähler/innenschaft zu bestätigen: Bis auf Pankow erhielt die NPD in allen Bezirken, in denen sie zurzeit in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) vertreten ist, um drei Prozent der Stimmen.⁴

Der erste Teil der Publikation endet mit einer Beschreibung der Situation in den einzelnen Bezirksverordnetenversammlungen. Hier zeigt sich ein widersprüchliches Bild: Einerseits haben rechtsextreme kommunalpolitische Aktivitäten im Vergleich zu 2008 im Gesamtdurchschnitt stark abgenommen; andererseits sind Tendenzen der Verstärkung und weiteren graduellen Professionalisierung festzustellen.

Der zweite Teil dieser Publikation behandelt die Handlungsstrategien der Demokrat/innen und lässt zahlreiche demokratische Bezirksverordnete selbst zu Wort kommen. Die Herausgeber/innen baten im Sommer 2009 alle demokratischen Fraktionen in den Bezirksverordnetenversammlungen von Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Neukölln, Pankow und Treptow-Köpenick um die Beantwortung von acht Fragen zu ihrem Umgang mit den rechtsextremen Mandatsträger/innen. Insgesamt 22 demokratische Kommunalpolitiker/innen – darunter auch zwei Stadträte – aus beinahe allen demokratischen Parteien und aus den fünf genannten Bezirken haben sich die Mühe gemacht, sie zu beantworten. Ihnen gilt der herzliche Dank der Herausgeber/innen.

Die Antworten der Demokrat/innen verweisen auf die vielfältigen und durchaus bewährten demokratischen Handlungsstrategien, aber auch auf problematische Entwicklungen und Spannungsfelder. Das Hauptanliegen der vorliegenden Publikation ist, die zentralen Merkmale dieser demokratischen Praxis in Berlin und ihre Entwicklungspotenziale herauszuarbeiten, aber auch die besonderen Herausforderungen, vor denen sie steht. Aus den Einschätzungen der demokratischen Verordneten lassen sich zudem konkrete Handlungsempfehlungen ableiten.

In die Auswertung der Antworten der Demokrat/innen fließen auch die Ergebnisse eines Werkstattgesprächs ein, das am 03. September 2009 im Berliner Centrum Judaicum stattfand. Die vom Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration geförderte Veranstaltung „100 Tage nach den Kommunalwahlen in sieben Bundesländern – Handlungsstrategien im Umgang mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien“ wurde vom Projekt „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in den kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse“ in Kooperation mit der „Amadeu Antonio Stiftung“, der „Jüdischen Gemeinde zu Berlin“, dem „Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus“ sowie dem „Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.“ organisiert. An diesem Austausch – dem ersten seiner Art – nahmen etwa 30 Kommunal- und Landespolitiker/innen von Bündnis90/Grünen, CDU, Linkspartei und SPD, Wissenschaftler/innen und Vertreter/innen fachlicher Beratungsprojekte aus Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen teil. Das Werkstattgespräch machte die bundesweit übereinstimmenden Erfahrungen, Leitlinien und Herausforderungen im Umgang mit rechtsextremen Mandatsträger/innen deutlich, aber auch die Notwendigkeit, die demokratischen Handlungsstrategien entlang der jeweiligen lokalen Situation zu differenzieren.

Die Teilnehmenden des Werkstattgesprächs entwickelten acht „Eckpunkte für den Umgang mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien“, um die wichtigsten praktisch bewährten Grundsätze zusammenzufassen und in der demokratischen Öffentlichkeit zu verankern. Sie sind im Anhang dieser Publikation dokumentiert. Daneben liefert der Anhang Zahlen zur Entwicklung der rechtsextremen

Aktivitäten in den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen und zur bundesweiten Zunahme von kommunalpolitischen Mandaten der NPD von 2004 bis 2009. Den Abschluss bilden einige Beispiele für rechtsextreme Initiativen in kommunalen Gremien sowie für gelungene demokratische Entgegnungen und eine Link- und Literaturliste.

Die Herausgeber/innen hoffen, der politischen Debatte unter den demokratischen Parteien in Berlin mit der vorliegenden Publikation konstruktive Anregungen geben zu können. Nachdem bereits die Handreichung des Vorjahrs auch bundesweit stark nachgefragt wurde, und nachdem der in 2009 intensivierte überregionale Fachaustausch einen hohen Bedarf an Information und Erfahrungstransfer weit über Berlin hinaus offenbarte, soll die vorliegende Handreichung auch diesmal Demokrat/innen aus anderen Bundesländern über die Berliner Erfahrungen informieren.

Großer Dank gilt den demokratischen Bezirksverordneten Berlins für ihr Engagement und für ihre Kooperationsbereitschaft bei der Erstellung der vorliegenden Publikation sowie der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin“ (MBR). Ihre Kompetenz und Unterstützung kamen dem Projekt „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in den kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse“ sehr zugute.

Projekt: „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse“

¹ Vgl. die ausführliche Schilderung des Vorfalls unter: http://mbr-berlin.de/Verein/Rechtsextremismus_in_den_BVVen/Rundschreiben/660.html (18.10.2009).

² Vgl. Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (Hrsg.): Berliner Erfahrungen. Zwei Jahre demokratische Auseinandersetzungen mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien, Berlin 2008, http://mbr-berlin.de/Verein/Rechtsextremismus_in_den_BVVen/Publikationen/512.html (12.09.2009).

³ Vgl. Der Beauftragte des Senats für Integration und Migration: Demokratie. Vielfalt. Respekt. Die Berliner Landeskonzeption gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus,

http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/themen/rexprollandeskonzeption_g_rechtsextremismus.pdf?start&ts=1248773184 (19.09.2009),

S. 7: „Es ist davon auszugehen, dass sich die NPD als Wahlpartei im politischen Spektrum der östlichen Bundesländer und in Ost-Berlin etabliert hat.“

⁴ Getrennt nach Stimmen für die Direktkandidat/innen und die Landeslisten lauten die genauen Zahlen: Lichtenberg 3,4 bzw. 2,8%, Marzahn-Hellersdorf 3,7 bzw. 3,0%, Neukölln 2,6 bzw. 2,0%, Treptow-Köpenick 2,9 bzw. 2,6%.

DER PARTEIFÖRMIGE RECHTSEXTREMISMUS

AUF BUNDES-, LANDES- UND KOMMUNALER EBENE –
AKTUELLE ENTWICKLUNGEN



Sitzung der BVV Marzahn-Hellersdorf im Freizeitforum Marzahn

KRISE UND VORLÄUFIGE KONSOLIDIERUNG DER NPD

Trotz heftiger interner Richtungs- und Personalstreitigkeiten im Winter 2008/2009 bleibt die zentrale Stellung der NPD innerhalb des deutschen Rechtsextremismus unangetastet. Auch innerparteilich scheint die Bestätigung der NPD-Führung auf dem Bundesparteitag in Berlin im April 2009 zu einer vorläufigen Konsolidierung geführt zu haben.

Auftakt der Streitigkeiten war die bereits im Frühjahr 2008 bekannt gewordene Veruntreuung von Parteigeldern durch Erwin Kemna, den langjährigen NPD-Schatzmeister und Vertrauten des alten und neuen NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt. Dem Parteivorstand und insbesondere Voigt selbst wurde vorgeworfen, inkonsequent und verantwortungslos gehandelt zu haben.

Der Richtungsstreit zwischen Kräften in der NPD, die eine stärkere Öffnung der Partei hin zu national-konservativen Wähler/innenschichten befürworteten und ihren Gegner/innen, die einer „VerREP-zung der NPD“⁵ und damit einer Entradikalisierung der Partei entgegentreten wollten, endete in einem politischen Machtkampf um den Vorsitz der Partei zwischen Voigt und seinem Herausforderer Udo Pastörs, dem Vorsitzenden der NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern. Die Wiederwahl Voigts auf dem Bundesparteitag bestätigte die bisherige Linie der Partei. Einige Kritiker/innen verließen daraufhin die NPD. Andere, wie die sächsischen NPD-Landtagsabgeordneten Holger Apfel und Jürgen Gansel, kandidierten nicht mehr für den Bundesvorstand und propagierten darüber hinaus einen eigenen „Sächsischen Weg“, der für einen „gegenwartsbezogenen und volksnahen Nationalismus“ stehen und die soziale Frage in das Zentrum der Politik rücken soll.⁶ Der neu konstituierte Bundesvorstand betonte daraufhin mit der Proklamation eines „Deutschen Weges“ das Ziel der „Systemüberwindung“.⁷

Viele der ehemaligen NPD-Mitglieder gründeten neue rechtsextreme Organisationen oder schlossen sich schon bestehenden Gruppen, Parteien und Vereinen an. Der von Ex-NPD-Mitgliedern gegründete Verein „Freies Nationales Bündnis e.V.“ (FNB), der insbesondere im Vogtland (Sachsen) präsent ist und Kontakte zu ehemaligen Berliner NPD-Mitgliedern unterhält, versucht sich als „Dachorganisation für Freie Kräfte“, denen „überparteiliche und unabhängige Wirksamkeit in Kommunal- und Landesparlamenten“⁸ ermöglicht werden soll. Der angekündigte Aufbau von FNB-Strukturen in Berlin ist bisher jedoch nicht wahrnehmbar. Die neu entstandenen rechtsextremen Organisationen können nicht annähernd jene Relevanz auf kommunaler Ebene für sich beanspruchen, welche die NPD durch den Auf- und Ausbau regionaler Strukturen in den vergangenen zehn Jahren erreicht hat.

Der bundesweit geführte Machtkampf innerhalb der NPD wirkte sich kaum unmittelbar auf den Berliner Landesverband und die Situation in den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen aus. Lediglich die zurückgegangenen Aktivitäten des Bundesvorsitzenden Voigt sowie des damaligen Bundesvorstandsmitglieds Eckart Bräuniger in der BVV Treptow-Köpenick ließen darauf schließen, dass innerparteiliche Auseinandersetzungen die NPD-Führungsriege zeitlich stark beanspruchten.

SCHWÄCHUNG DER BERLINER NPD

Zeitgleich zum Machtkampf auf Bundesebene, aber ohne inhaltlichen Zusammenhang damit, hatte der Berliner Landesverband der NPD ebenfalls mit internen Auseinandersetzungen und Personalstreitigkeiten zu kämpfen. Hier konnte sich der Berliner Landesvorsitzende Jörg Hähnel behaupten, der auch Mitglied des Bundesvorstands ist: Im März 2009 wurde Hähnel auf einem Landesparteitag in der NPD-Bundeszentrale in Köpenick wiedergewählt.

Kritiker/innen wie der frühere Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Tempelhof-Schöneberg und stellvertretende Landesvorsitzende, Hans-Joachim Henry, und die ehemalige Vorsitzende des Kreisverbandes Marzahn-Hellersdorf und des Landesverbandes des Rings Nationaler Frauen (RNF), Gesine Hennrich, hatten Hähnel Überforderung und Ausbremsung von Aktivitäten vorgeworfen. Nach internen Querelen wurde Hennrich um die Jahreswende 2008/2009 herum vom Landesvorstand aufgefordert, ihre Ämter nieder zu legen und die Partei zu verlassen. Neben zahlreichen Mitgliedern überwiegend aus Hennrichs Kreisverband in Marzahn-Hellersdorf trat schließlich auch Hans-Joachim Henry Ende Februar aus der NPD aus.

Trotz der Auswirkungen auf den Personalbestand durch den Austritt allen voran von Mitgliedern der Basis hatte der Streit keine Folgen für die Präsenz der NPD in den Bezirksverordnetenversammlungen. Auch neu entstandene rechtsextreme Organisationen spielen keine kommunalpolitische Rolle. Der „Frontbann 24“ um Gesine Hennrich, der mit dem militanten Gestus einer klassischen Kameradschaft auftrat und in mehreren Berliner Bezirken Ortsgruppen besaß, nahm regelmäßig an rechtsextremen Demonstrationen in- und außerhalb Berlins teil. Der „Frontbann 24“ wurde aufgrund seiner Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus am 05. November 2009 durch den Berliner Innensenator verboten.

Vom Landesverband organisierte Einzelaktivitäten fanden vor allem in der ersten Jahreshälfte statt. Neben einer Saalveranstaltung zum „Jahrestag der Reichsgründung“ von 1871 im Januar „in Nähe der Berliner Stadtgrenze“⁹ und zwei Hoffesten in der NPD-Bundeszentrale¹⁰ mobilisierte der Landesverband am 27. Januar, dem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, zu einer kaum besuchten geschichtsrevisionistischen Kundgebung gegen einen vermeintlichen „Holocaust in Gaza“ am S-Bahnhof Friedrichstraße.

Viele Aktivitäten wurden ganzjährig von Kreisverbänden organisiert. So gab es in Pankow, Neukölln und Lichtenberg mehrfach Informationsstände. Während der Pankower Kreisverband, wenn auch weniger intensiv als in den Jahren zuvor, sich weiterhin der Agitation gegen die Moschee der Ahmadiyya-Gemeinde im Ortsteil Heinersdorf widmete, hetzte der Lichtenberger Kreisverband zu Jahresbeginn mittels Aufklebern und Flugblättern sowie einer Anfrage in der Bezirksverordnetenversammlung gegen das in Karlshorst eröffnete Buhara-Institut, eine Ausbildungsstätte für islamische Geistliche.

Die bereits 2007 durch den damaligen NPD-Landesvorsitzenden Eckart Bräuniger angekündigte „Veranstaltungsoffensive“ ist 2009 noch weniger umgesetzt worden als im Vorjahr. Während es die Berliner NPD 2008 noch geschafft hatte, vereinzelt Veranstaltungen in bezirkseigenen Räumen zu organisieren, gelang ihr dies 2009 bislang nicht. Das bestätigt einerseits die Schwäche des Berliner Landesverbandes, andererseits zeigt es, dass die zunehmende Problematisierung rechtsextremer Anmietungsversuche in der Öffentlichkeit erfolgreich war und zu einer Sensibilisierung geführt hat. Der Bundesparteitag der NPD war von der Erfolglosigkeit des Landesverbandes bei der Anmietung bezirkseigener Räume allerdings nicht betroffen; er konnte im April 2009 im Rathaus des Bezirks Reinickendorf stattfinden. Jedoch gelang es dem Bezirksamt Reinickendorf durch den Einsatz einer Mietvertragsklausel, die rechtsextreme und menschenverachtende Äußerungen untersagt, die Spielräume der NPD entscheidend einzuschränken.

Obwohl sich der Landesverband in einer Krise befindet, ist die NPD weiterhin der Kristallisationspunkt des Berliner Rechtsextremismus und agiert in enger personeller und struktureller Verbundenheit mit den „Freien Kräften.“¹¹ So mobilisierten „Freie Kräfte“ und NPD im Dezember 2008 erneut gemeinsam zum bundesweit relevanten rechtsextremen Aufzug für ein „nationales Jugendzentrum“ in Berlin. Der von den „Freien Kräften“ seit 2002 in Zusammenarbeit mit der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) durchgeführte Aufmarsch wurde in der bisher letzten Ausgabe der Berliner NPD-Zeitung „Weiterdenken“ vom November 2008 beworben. Auch in den Bezirksverordnetenversammlungen wurde das „nationale Jugendzentrum“ mehrfach themati-

siert. So hat zuletzt der NPD-Verordnete Matthias Wichmann in Marzahn-Hellersdorf im Juni 2009 eine kleine Anfrage gestellt, in der er sich zunächst nach der Anzahl der Jugendeinrichtungen im Bezirk erkundigte, um daran die Frage nach der Existenz eines Jugendzentrums für „volksverbundene und heimatreue deutsche Jugendliche“ anzuschließen.¹² Im Gegenzug unterstützten die „Freien Kräfte“ die NPD bei Informationsständen und beim Aufhängen von Wahlplakaten für die Bundestagswahl.

BRUCH ZWISCHEN NPD UND DVU

Im Juni 2009 kündigte die NPD den 2004 abgeschlossenen „Deutschlandpakt“ mit der DVU. Dies begründete sie mit den schlechten Chancen und Wahlergebnissen der DVU, insbesondere bei der Europawahl, sowie dem geringen Engagement der DVU in Wahlkämpfen und beim Aufbau lokal verankerter Strukturen.¹³

Auf kommunalpolitischer Ebene ist das Zerwürfnis zwischen den beiden rechtsextremen Parteien bisher ohne Auswirkungen geblieben. So bekannten sich die zwei Parteien etwa in Hessen zur Zusammenarbeit in Bezug auf die Kommunalwahlen 2011.¹⁴ In Berlin bleibt abzuwarten, inwiefern sich Konsequenzen für die NPD-Fraktion in der BVV Lichtenberg ergeben werden, in der auch der Vorsitzende der DVU Berlin, Torsten Meyer, vertreten ist. Kritiker/innen innerhalb der DVU bemängeln, dass sich Meyer der NPD zu stark unterordnen würde.

Die DVU versuchte sich 2009 unter ihrem neuen Vorsitzenden Matthias Faust und der Selbstbezeichnung als „Neue Rechte“ einen frischen Anstrich zu geben. Von dem neu gegründeten DVU-Jugendverband „Junge Rechte“, dessen Vorstand größtenteils durch ehemalige Mitglieder der „Republikaner“ gestellt wird, ist bisher außer seiner Internetpräsenz wenig wahrnehmbar.¹⁵ Auch der Berliner DVU-Landesverband versuchte sich strukturell und in der Öffentlichkeitsarbeit neu aufzustellen. Die angekündigten Neugründungen von Kreisverbänden erfolgten jedoch aufgrund interner Streitigkeiten nicht. Faust erklärte schließlich im Vorfeld der Landtagswahlen Ende September 2009 Brandenburg zum derzeitigen Hauptbetätigungsfeld der DVU. Jedoch waren auch hier die Wahlergebnisse ein weiteres Indiz für die zunehmende Bedeutungslosigkeit der Partei: Mit nur 1,2% verpasste sie ihren Wiedereinzug und ist damit in keinem Landtag mehr vertreten. Die NPD, die nach dem Bruch des „Deutschlandpaktes“ wieder in Brandenburg angetreten war, erzielte auf Anhieb 2,5% der Stimmen.

TEILERFOLGE DER NPD BEI KOMMUNAL- UND LANDTAGSWAHLEN

Bei den Kommunalwahlen in sieben Bundesländern¹⁶ im Juni und in Nordrhein-Westfalen im August 2009 konnte die NPD die Anzahl ihrer Mandate massiv erhöhen. Dabei profitierte sie neben niedrigen Wahlbeteiligungen und dem Fehlen ernst zu nehmender rechtsextremer Parteienkonkurrenz insbesondere vom Wegfall der Fünf- bzw. Drei-Prozent-Hürde auf kommunaler Ebene in vielen Bundesländern.¹⁷ In einem Großteil der Kommunen, in denen die NPD in der Lage war, Kandidat/innen aufzustellen, konnte sie Mandate gewinnen. Diese bundesweite Tendenz zeigte sich in Berlin bereits bei den Kommunalwahlen im September 2006, wo die NPD in alle Bezirksverordnetenversammlungen einzog, für die sie Kandidat/innen aufgestellt hatte. Somit zeigen die Wahlergebnisse, dass die NPD mittlerweile an vielen Orten auf eine Stammwähler/innenschaft bauen kann. Die Existenz dieser stets mobilisierbaren Stammwähler/innenschaft in Höhe von mindestens ein bis zwei Prozent der abgegebenen Stimmen verweist darauf, dass Elemente rechtsextremer Ideologie wie zum Beispiel rassistische Einstellungen in breiteren Teilen der Gesamtbevölkerung vorhanden sind.

Ihr selbstgestecktes Ziel, auf kommunaler Ebene möglichst flächendeckend anzutreten, erreichte die NPD mangels geeigneter Kandidat/innen jedoch nicht in allen Regionen. Hingegen erreichte die NPD in solchen Orten überdurchschnittlich hohe Stimmenanteile, in denen Aktivist/innen der Partei seit Jahren wohnhaft oder bereits in kommunalen Gremien präsent sind. In Sachsen ist sie seit den Kommunalwahlen vom Juni in allen Kreistagen vertreten. Diese Entwicklung verweist auf Teilerfolge der Normalisierungsstrategie der NPD, mittels der sie versucht, sich als „normale“ Partei dauerhaft in der Parteienlandschaft zu etablieren und eine Gewöhnung an ihre Präsenz zu erreichen.

Die Bedingungen für den weiteren Ausbau des Einflusses der NPD werden stark von den Unterschieden zwischen ländlichen und kleinstädtischen Sozialräumen im Vergleich zu großstädtischen Gegebenheiten beeinflusst. In Berlin lässt sich kaum von einer Verankerung der NPD im Sozialraum sprechen. Anders als in einer Anzahl von kleineren Orten in ostdeutschen Flächenländern fehlen hier lokale rechtsextreme Persönlichkeiten, deren Ansehen der NPD zugute kommen könnte.

Obwohl die NPD die Anzahl ihrer kommunalen Mandate besonders im Osten Deutschlands erheblich steigern konnte, zeigt das Abschneiden rechtsextremer Parteien in einigen Kommunen im Saarland, in Baden Württemberg und Rheinland-Pfalz, dass Rechtsextremismus kein ausschließlich ostdeutsches Phänomen darstellt.

Auf Landtagsebene gelang der NPD in Sachsen am 30. August 2009 erstmals die Verteidigung von Landtagsmandaten. In Thüringen schaffte sie am gleichen Tag den Einzug nicht, erhielt jedoch einen erheblichen Stimmenzuwachs. In Schleswig-Holstein verlor die NPD bei der Landtagswahl am 27. September 2009 wiederum an Stimmen.

Die Ergebnisse des „Superwahljahrs“ 2009 für die NPD sind somit recht widersprüchlich. Trotz eher schlechten Abschneidens bei einigen Landtagswahlen und bei der Bundestagswahl konnte die rechtsextreme Partei Wahlerfolge in einigen Bundesländern erringen und ihre rechtsextremen Konkurrenten DVU und REP weit hinter sich lassen. Auf kommunaler Ebene hat sich die Anzahl der Mandate der NPD stark vervielfacht.

RECHTSEXTREME IN DEN BERLINER BEZIRKSVERORDNETENVERSAMMLUNGEN 2009

Im September 2006 war die NPD in den drei Berliner Bezirken Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, und Treptow-Köpenick mit je drei Sitzen in Fraktionsstärke sowie in Neukölln mit zwei Einzelverordneten in die Bezirksverordnetenversammlungen eingezogen. In Pankow hatte der dortige Vorsitzende der Republikaner ein Mandat errungen. Die Arbeit der rechtsextremen Bezirksverordneten hat sich seitdem verstetigt; die Anwesenheit der NPD-Vertreter/innen gehört inzwischen zum Arbeitsalltag der Bezirksverordnetenversammlungen. Wie zuvor ist eine überbezirkliche Koordination der NPD festzustellen, die sich in ähnlichen Antragsinhalten zeigt. Die Anträge und Anfragen der NPD bewegen sich mit bezirklich unterschiedlicher Gewichtung in einem Spannungsfeld zwischen Normalisierung und Provokation. Während provokative Anträge mit deutlich rechtsextremen Ideologiefragmenten darauf abzielen, das rechtsextreme Stammwähler/innenklientel zu bedienen, Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit zu erhalten und politische Gegner/innen einzuschüchtern, soll die Normalisierungsstrategie mittels ideologiefreier Anträge die Abgrenzung der Demokrat/innen von der NPD erschweren und die NPD als „normale“ Partei darstellen, welche die Interessen der Bürger/innen vertritt.

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich in 2009 einige Veränderungen ergeben. Wie die zahlenmäßige Erfassung der rechtsextremen Anträge und Anfragen in der Dokumentation¹⁸ belegt, hat sich die rechtsextreme kommunalpolitische Aktivität im Berliner Gesamtdurchschnitt stark verringert – und zwar sowohl was die Menge der Anträge und Anfragen als auch was die Häufigkeit von Wortbeiträgen betrifft.

Das Abstimmungsverhalten der rechtsextremen Verordneten folgte weitestgehend ihrer ideologischen Ausrichtung. Bei Anträgen demokratischer Parteien, die sich nicht für rechtsextreme Ideologie vereinnahmen lassen, ist zwar keine einheitliche Strategie erkennbar, dennoch gibt es berlinweite Tendenzen. So stimmt die NPD bei Personenwahlen meist gegen die Kandidat/innen der demokratischen Parteien. Anträgen mit sozial- oder umweltpolitischem Bezug wird jedoch häufig zugestimmt. Bei knappen Mehrheitsverhältnissen versucht die NPD mit ihren Stimmen immer wieder, das „Zünglein an der Waage“ zu sein und damit die Annahme oder Ablehnung einzelner Anträge demokratischer Parteien maßgeblich mitzubestimmen.

SCHWERPUNKT LICHTENBERG: ZWISCHEN NORMALISIERUNG UND PROVOKATION

■ *„Bis auf Ausnahmen reicht die NPD für jede Sitzung der BVV eigene Anträge ein. Sie zielen vor allem darauf ab, die Bühne der BVV für die Verbreitung der eigenen Ideologie zu nutzen. Die Anträge sind zumeist provozierend gestaltet, die Reden zur Begründung vorbereitet (wohl auch rechtlich geprüft) und [...] scharf formuliert. [...] Die einer Fraktion gemäß Geschäftsordnung zustehenden Rechte werden von der NPD [...] in vollem Umfang ausgeschöpft.“* Rainer Bosse, Vorsteher der BVV Lichtenberg (Die Linke)

Die bei weitem aktivsten rechtsextremen Mandatsträger/innen sitzen nach wie vor in der BVV Lichtenberg. Die dortige, rhetorisch vergleichsweise kompetente NPD-Fraktion stellt in nahezu jeder Sitzung mehrere Anträge und ergreift häufig das Wort. Während Jörg Hähnel zwar an den Sitzungen der BVV teilnimmt, aber die Ausschusssitzungen zunehmend vernachlässigt, sind die beiden anderen NPD-Fraktionsmitglieder, Manuela Tönhardt (Vorsitzende des Lichtenberger Kreisverbandes 5 der Berliner NPD und BVV-Fraktionsvorsitzende) sowie Torsten Meyer (DVU-Landesvorsitzender) regelmäßig in den Ausschüssen präsent und ergreifen dort auch gelegentlich das Wort. Hähnel wird bei Ausschusssitzungen in der Regel von Meyer vertreten. Die Tendenz, dass rechtsextreme Mandatsträger/innen sich auf die BVV-Sitzungen konzentrieren und die Ausschussarbeit vernachlässigen, ist bundesweit feststellbar. Der Grund dafür ist, dass der NPD anders als den Demokrat/innen nicht an kleinteiligen kommunalpolitischen Aushandlungsprozessen gelegen ist, sondern daran, sich möglichst öffentlichkeitswirksam inszenieren zu können.

Die Lichtenberger NPD-Fraktion betreibt eine relativ intensive Öffentlichkeitsarbeit – auch dies hebt sie von den rechtsextremen Verordneten in anderen Bezirken ab. Manuela Tönhardt berichtet in launigem Ton von jeder BVV-Sitzung auf der Internetseite des Lichtenberger NPD-Kreisverbandes. Auch Flugblatttexte und Artikel in Printmedien der NPD werden von Tönhardt mit Themen aus der BVV bestritten.

Die BVV Lichtenberg ist mittlerweile die einzige, deren Sitzungen durchgängig von einer größeren Gruppe Rechtsextremer als Zuschauer/innen frequentiert werden. Regelmäßige Besucher/innen sind neben Dietmar Tönhardt, dem Mitarbeiter der NPD-Fraktion und Ehemann von Manuela Tönhardt, unter anderem DVU- sowie NPD-Mitglieder.¹⁹ Die rechtsextremen Zuschauer verhalten sich während der Sitzungen ruhig, verzichten teilweise aber keineswegs auf das Tragen eindeutig rechtsextrem konnotierter Kleidung wie etwa von T-Shirts mit der Aufschrift: „No-Go-Area Lichtenberg.“ Vereinzelt kamen auch Lichtenberger „Autonome Nationalisten“²⁰ zu BVV-Sitzungen.

Noch ist nicht erkennbar, ob der Bruch des „Deutschlandpaktes“ zwischen DVU und NPD Konsequenzen für die NPD-Fraktion in der BVV Lichtenberg hat. Für die NPD wäre das fatal, da ein Fraktionsaustritt Meyers den Verlust des Fraktionsstatus und der damit verbundenen Rechte zur Folge hätte. Dies bleibt jedoch Spekulation. Dennoch lassen wie bereits im Vorjahr vereinzelte Stimmenthaltungen Meyers darauf schließen, dass er manche ideologischen Positionen seiner Fraktionskolleg/innen nicht vollständig teilt. Auch bei sachpolitischen Themen kam Meyer dem Fraktionszwang wiederholt nicht nach, so enthielt er sich bei einem Großteil der Änderungsanträge der NPD zum Entwurf des Doppelhaushaltes 2010/2011.

■ *„Mit dem Verordneten Meyer, [...], der jedoch DVU-Mitglied ist, gibt es bei den ideologischen Anträgen gelegentlich Spannungen, die sich auch mal in einer Stimmenthaltung von Meyer äußern.“* Christian Petermann, BVV Lichtenberg (Die Linke – Fraktionsvorsitzender)

Wie schon 2007 und 2008 gibt Meyer den bürgernahen und kommunalpolitisch interessierten Biedermann. Auch Tönhardt engagiert sich häufig bei rein kommunalpolitischen Themen. Obwohl sie auf den ersten Blick einen seriöseren Eindruck als Hähnel zu vermitteln versucht, sind ihre Auftritte jedoch oft ebenso provokatorisch und bedienen sich einer aggressiven Agitation im Sinne unverhohlener rechtsextremer Ideologie. Jörg Hähnel ist völlig auf die Rolle des rechtsextremen Provokateurs abonniert.

■ *„Die Fraktion der NPD gestaltet ihr Auftreten in der BVV arbeitsteilig.“* Rainer Bosse, Vorsteher der BVV Lichtenberg (Die Linke)

Das typische Muster ist, dass die NPD-Fraktion pro BVV-Sitzung zwei bis vier Anträge einreicht, wobei die kommunalpolitischen Anträge im Gegensatz zu den offen ideologisch gefärbten und provokatorischen leicht überwiegen. Tönhardt und Meyer profitieren bei den auf kommunalpolitische Sachfragen bezogenen Anträgen und Anfragen von ihrer langjährigen Verortung im Bezirk und der dadurch gegebenen Nähe zu lokalen Diskursen und Bedarfslagen.

Hähnel wurde in 2009 zweimal wegen Äußerungen in der BVV verurteilt. Im Januar 2008 hatte Hähnel die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht²¹ gut geheißen, woraufhin die Stadträtin Katrin Framke Strafanzeige erstattete. Das Gericht wertete Hähnels Äußerung als „öffentliche Billigung von Straftaten“. Die andere Verurteilung Hähnels erging wegen Beleidigung, weil er politische Anstrengungen zur Integration von Zuwanderern als „Völkermord“ diffamierte.²² In diesem Fall strengten SPD-Verordnete eine Strafverfolgung an.²³ Das Urteil ist allerdings noch nicht rechtskräftig.

TREPTOW-KÖPENICK: VERRINGERTE AKTIVITÄTEN UND EIN NEUES GESICHT

Die NPD-Fraktion in Treptow-Köpenick reichte zwischen September 2008 und September 2009 weniger Anträge ein als zuvor, da zwei ihrer Mitglieder – Udo Voigt und Eckart Bräuniger – stark in die NPD-internen Streitigkeiten auf Bundesebene involviert waren. Die Fraktion beschränkte sich größtenteils auf gelegentliche Nachfragen mit der Intention, sich weiterhin als rechtsextreme Kontrollinstanz der Bezirkspolitik zu gebärden. Ideologisch motivierte Provokationen fanden seltener statt; ein Großteil der Anträge betraf kommunalpolitische Themen. Im September 2009 legten die Rechtsextremen ihre Lethargie ab und stellten eine Vielzahl von Änderungsanträgen zum Bezirkshaushalt mit deutlicher Stoßrichtung gegen materielle Transfers nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und gegen die Förderung demokratischer Initiativen. Die Anträge glichen dabei weitestgehend den Änderungsanträgen der NPD-Verordneten zum Haushalt in Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf.

Voigt und Bräuniger waren seit 2007 kaum bei Ausschusssitzungen anwesend und beteiligten sich, wenn sie zugegen waren, nur äußerst selten. Mehrmals wohnte Fraktionsmitarbeiter Stefan Lux den Ausschusssitzungen bei. Im Jahr 2009 war Lux zudem meist der einzige rechtsextreme Besucher der BVV. Das dritte Mitglied der NPD-Fraktion in Treptow-Köpenick, Fritz Liebenow, ist zwar in seinen Ausschüssen häufig anwesend, doch wenig aktiv. Er ergreift in den BVV-Sitzungen inzwischen deutlich seltener das Wort als in der Vergangenheit.

■ *„Nachdem Herr Liebenow in etlichen BVV-Sitzungen durch spontane unbeholfene Redebeiträge mehrere Lacherfolge erzielen konnte, fiel in der Juni-BVV [2009 – d. Verf.] auf, dass er – wohl von anderen aufgeschriebene – Beiträge vom Blatt ablas. Die kurzen Auftritte von Voigt sind überlegt.“* Hans Erxleben und Karin Kant, BVV Treptow-Köpenick (Die Linke)

— *„Teilweise gab es auch durchaus Tendenzen, die Verordneten der NPD der Lächerlichkeit preiszugeben.“ Svend Simdorn, Stadtrat in Treptow-Köpenick (CDU)*

Die NPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick betreibt weniger Öffentlichkeitsarbeit als in 2007 und 2008. Im Vorfeld der Bundestagswahl am 27. September 2009 nahm Voigt auf der Informationsseite *abgeordnetenwatch.de* relativ ausführlich Bezug auf seine kommunalpolitischen Aktivitäten. Einzelfall blieb ein Versuch der NPD vom April 2009, mit Flugblättern auf die Diskussionen um die Auswirkungen des Flughafens Schönefeld und seines Ausbaus zum Großflughafen aufzusatteln. In dem Text des Flugblatts stellt sich die NPD als Wahrerin der Interessen von Bürger/innen dar, die sich durch Flughafenbetrieb und -Ausbau in ihrer Lebensqualität beeinträchtigt sehen. Des Weiteren wird sich in dem Flugblatt über die geschlossene Ablehnung jeglicher NPD-Initiativen durch die Demokrat/innen in der BVV Treptow-Köpenick beklagt.²⁴

Im Juni 2009 rückte die 28-jährige gelernte Verkäuferin Mandy Schmidt für Bräuniger in die BVV nach. Nach fraktionsinternen Streitigkeiten legte Bräuniger im Sommer 2009 sein Mandat in der BVV Treptow-Köpenick nieder. Auch den NPD-Bundesvorstand verließ er nur kurz nach dessen Neuwahl auf dem Bundesparteitag im April 2009. Monate später erhob er auf rechtsextremen Internetportalen schwere Vorwürfe gegen seine ehemaligen Fraktionskollegen: Liebenow, gegen dessen Kandidatur er sich von Beginn an gestellt habe, hält er für „unbrauchbar, zutiefst dumm und unserer Idee gegenüber völlig resistent“.²⁵ Voigt wirft er unter anderem vor, dass er sich bei der Entscheidung zwischen „Kameradschaft zur Truppe und materiellem Verdienst durch den Fraktionsvorsitz“ für den Verdienst entschieden habe und erwartete, dass er nach „einer Reihe von Pleiten, Pech und Pannen“ die Konsequenzen ziehen und die „politische Entscheidungsfähigkeit“ Personen überlassen solle, die „persönliche Verantwortung“ übernehmen.²⁶

Mandy Schmidt fiel zuvor lediglich als Darstellerin in einem Wahlwerbespot der NPD auf. Obwohl die kurze Dauer ihrer Präsenz noch keine umfassende Einschätzung erlaubt, wird sie von demokratischen Verordneten als kommunalpolitisch interessiert wahrgenommen. Sie nahm bisher mehrmals an Ausschusssitzungen teil.

ABNEHMENDE AKTIVITÄTEN: NEUKÖLLN, MARZAHN-HELLERSDORF UND PANKOW

Die zwei Einzelverordneten der NPD in der BVV Neukölln, Thomas Vierk und Jan Sturm, fielen hinsichtlich der Qualität und Quantität ihrer Beiträge von Beginn an hinter die NPD-Fraktionen in Lichtenberg und Treptow-Köpenick zurück. Sturm ist bei den Sitzungen häufiger anwesend als Vierk.

— *„Häufig sind sie [die Verordneten der NPD, d.Verf.] bei BVV-Sitzungen nicht oder nicht vollständig anwesend und auch die Arbeit in den Ausschüssen verfolgen sie nur unvollständig. Strategische Zielsetzungen vermag ich nicht zu erkennen. Höchstens in ihren vereinzelt Anträgen fallen sie mit deutschtümelnden und fremdenfeindlichen Formulierungen auf.“* Heinz Wagner, BVV Neukölln (Bündnis90/Grüne)

Anträge und Anfragen kommen nur noch selten von den NPD-Verordneten. Doch dafür meldet sich Sturm, trotz mangelnder rhetorischer Qualitäten, häufiger spontan zu Wort, wobei seine Wortbeiträge und insbesondere seine Zwischenrufe meist rassistisch gefärbt sind.

Im Vergleich zu Vierk ist Sturm in der Arbeit des Landesverbandes deutlich aktiver. So schreibt er Berichte für die Internetseite des Kreisverbandes und besucht regelmäßig rechtsextreme Aufmärsche.

Im Herbst 2009 ist Vierk aus der NPD ausgetreten, was die personellen Probleme des Landesverbandes noch verstärkt. Sein BVV-Mandat hat Vierk allerdings behalten. Ob Vierks Parteiaustritt wahrnehmbare Konsequenzen für seine inhaltliche Positionierung in der Neuköllner BVV haben wird, bleibt abzuwarten.

Bereits im Herbst 2008 hatte die NPD in der BVV Marzahn-Hellersdorf ihren Fraktionsstatus durch den Parteiaustritt des Verordneten Wolfgang-Dieter Chieduch verloren. Chieduch hatte Kritik am Zustand der Berliner NPD und ihren Führungskräften geäußert und schließlich verlauten lassen, er sei enttäuscht über die Nichtbeseitigung der von ihm angesprochenen Mängel. Ob Chieduchs Kritik auf die gleichen innerparteilichen Missstände abzielte, die Anfang des Jahres von mehreren NPD-Mitgliedern kritisiert wurden und schließlich zu ihrem Austritt geführt haben, ist unklar.

Die nun fraktionslosen NPD-Verordneten in Marzahn-Hellersdorf Matthias Wichmann und Karl-Heinz Burkhardt (DVU) waren wie ihre Neuköllner Pendanten schon immer weniger aktiv als die rechtsextremen Verordneten in Lichtenberg und Treptow-Köpenick.

■ *„Insgesamt bleiben die NPDler aber hinter den Möglichkeiten, den demokratischen Betrieb zu stören, zurück.“* Gordon Lemm, BVV Marzahn-Hellersdorf (SPD)

Wichmanns und Burkhardts Aktivität hat sich im Jahr 2009 noch einmal verringert, jedoch bringt Wichmann zumindest gelegentlich Anträge und Anfragen ein. Während anfangs beide vor allem Anträge gestellt haben, liegt ihr Schwerpunkt mittlerweile auf dem Stellen von Anfragen. Sowohl Wichmann als auch Burkhardt sind eher ungeübte Redner und ergreifen selten das Wort.

■ *„Aufgrund mangelnder intellektueller und rhetorischer Fähigkeiten und der natürlichen Scheu, gegen eine Vielzahl von Gegnern anreden zu müssen, sind die Wortbeiträge aber in der Regel gering.“* Gordon Lemm, BVV Marzahn-Hellersdorf (SPD)

Immerhin jedoch haben sich die beiden rechtsextremen Verordneten soweit in die Geschäftsordnung und die Gepflogenheiten der BVV eingearbeitet, dass sie grobe Formfehler wie am Anfang der Wahlperiode nunmehr vermeiden. In den Ausschüssen sind Wichmann und Burkhardt kaum präsent.

■ *„Die Arbeit der Rechtsextremen hat sich in der laufenden Wahlperiode verstetigt. [...] Sie haben sich ausprobiert, sind dabei zum Teil resigniert, aber haben auch erkannt, welche Strategien umsetzbar sind und welche nicht.“* Gordon Lemm, BVV Marzahn-Hellersdorf (SPD)

Der Verordnete der „Republikaner“ in der BVV Pankow, Michael Rauschenbach, hat seine schon im Vorjahr sehr geringe Aktivität noch weiter eingeschränkt und war bei den Sitzungen in 2009 meist nicht einmal mehr anwesend. Schon vorher in seinem Ausschuss nicht engagiert, besuchte er dessen Sitzungen in 2009 nur noch vereinzelt.

Obwohl die „Republikaner“ den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder nicht mehr als rechtsextrem und damit auch nicht mehr als beobachtungswürdig gelten, finden sich in den Verlautbarungen der REPs nach wie vor diskriminierende und geschichtsrevisionistische Positionen, die außerhalb eines demokratischen Konsenses liegen.²⁷ Ein Beispiel hierfür sind unter anderem homophobe Ausführungen auf der Internetseite der Pankower REPs: Unter der Überschrift: *„Die lesbisch-schwulen Machträume werden sich nicht erfüllen“* wird hier schwulen und lesbischen Politiker/innen in verschwörungstheoretischer Manier unterstellt, sie seien verantwortlich für *„die Verwischung der sozialgeschlechtlichen Unterschiede zwischen Mann und Frau“*, *„die Sexualisierung von Säuglingen“* und die *„Islamisierung“* Europas und Deutschlands. Der Beitrag endet mit der kaum verhohlenen Drohung: *„Ihr Rückzug [der schwulen und lesbischen Politiker/innen – d. Verf.] aus der Öffentlichkeit in die Privatsphäre wird aus gesundheitlichen Gründen empfohlen.“*²⁸

Michael Rauschenbach selbst benennt auf der Internetseite der Pankower „Republikaner“ unter der Rubrik *„REP in BVV Pankow“* elf Gründe, *„auf unser Land“* stolz zu sein. Darunter *„der legendäre Ruf deutscher Produkte“*, eine *„gewachsene reichhaltige Sprache“* und *„eine vielfältige Küche“*,

um am Ende zu konstatieren: „Diese und weitere Gründe [...], stellen die Entgleisungen in unserer Geschichte in den Schatten, und machen die Schlechtmacherei der derzeit herrschenden politischen Riege und der Medien lächerlich.“²⁹

-
- 5 So das NPD-Bundesvorstandsmitglied Thomas Wulff, gleichzeitig eine Führungsperson des rechtsextremen Kameradschaftsspektrums, in einem Text vom Januar 2009. Vgl. http://de.altermedia.info/general/volksfront-ade-010109_21004.html (02.10.2009).
- 6 Vgl. <http://www.npd-fraktion-sachsen.de/index.php?verweis=3,1,1&drucksache=pressemittelungen&drucksacheid=832&abg=1> (22.09.2009).
- 7 Vgl. http://de.altermedia.info/general/npd-der-deutsche-weg-%E2%80%93-eine-standortbestimmung-260409_27361.html (22.09.2009).
- 8 Programm des Freien Nationalen Bündnis e.V., <http://www.fnb-deutschland.de> (22.09.2009).
- 9 Vgl. http://www.berlin.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=12&cmsint_id=1&detail=377 (23.10.2009).
- 10 So veranstaltete der Landesverband ein Frühlingsfest im April und ein Fest zum von den Nationalsozialisten so genannten „Tag der deutschen Arbeit“ am 1. Mai.
- 11 Zur Entwicklung des Berliner Landesverbandes in Bezug auf die Kooperation mit den sog. „Freien Kräften“ vgl. Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (Hrsg.): Berliner Erfahrungen. Zwei Jahre demokratische Auseinandersetzungen mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien, S.21f http://mbr-berlin.de/Verein/Rechtsextremismus_in_den_BVVen/Publikationen/512.html (30.09.2009).
- 12 Vgl. die Kleine Anfrage Wichmanns: „Zum Einsatz von Fördermitteln für Jugendarbeit“ vom 09.06.2009.
- 13 Nachzulesen in der Stellungnahme des NPD-Parteivorstandes vom 27.06.2009. Siehe: http://de.altermedia.info/general/npd-mpd-strebt-zur-landtagswahl-in-brandenburg-eine-gemeinsame-liste-mit-der-dvu-an-27-06-09_30866.html (30.09.2009).
- 14 Siehe: <http://npd-blog.info/2009/07/08/dvu-arbeitet-kunftig-mit-der-fpo-zusammen-und-der-mpd> (30.09.2009).
- 15 Ebd.
- 16 Am 07. Juni 2009 fanden Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und im Saarland statt.
- 17 Die Fünf- bzw. Drei-Prozent-Hürde ist inzwischen auf kommunaler Ebene in den meisten Bundesländern ersatzlos abgeschafft, mit Ausnahme von Berlin, Bremen und Hamburg.
- 18 Siehe Anhang, S. 45f.
- 19 Zwei der regelmäßigen Besucher/innen, Danny Matschke und Cornelia Berger vom Lichtenberger NPD-Kreisverband 5, kandidierten für die NPD zur Bundestagswahl am 27. September diesen Jahres. Berger filmte in 2009 mehrmals Redebeiträge der rechtsextremen Verordneten zur Veröffentlichung dieser auf der Homepage des Kreisverbandes.
- 20 „Autonome Nationalisten“ sind parteiungebundene, aktionsorientierte und vor allem gewaltbereite Rechtsextreme, deren Auftreten stark durch die Kopie von Stilelementen aus linken sozialen Bewegungen und ursprünglich nicht-rechten Jugendkulturen wie dem HipHop und dem Hardcore geprägt ist. Vgl. auch: Peters, Jürgen; Schulze, Christoph (Hrsg.): „Autonome Nationalisten“. Die Modernisierung neofaschistischer Jugendkultur, Münster 2009.
- 21 Die beiden kommunistischen Führungspersönlichkeiten wurden im Januar 1919 in Berlin von rechtsextremen Freikorpsoldaten ermordet.
- 22 Vgl. den im Anhang dieser Publikation dokumentierten Auszug des Wortprotokolls aus der Fortsetzung der 23. Sitzung der BVV Lichtenberg am 06.11.2008.
- 23 Vgl. <http://www.tagesspiegel.de/berlin/Polizei-Justiz-Prozess-Kriminalitaet-Rechtsextremismus-NPD-Joerg-Haehnel/art126,2841848> (14.10.2009).
- 24 Vgl. http://www.berlin.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=12&cmsint_id=1&detail=391 (28.09.2009).
- 25 Siehe: <http://www.ex-k3-berlin.de/?p=2662#comments> (23.11.2009).
- 26 Siehe: <http://www.ex-k3-berlin.de/?p=2662#comments> (23.11.2009).
- 27 Vgl. das Parteiprogramm der REPs unter Punkt III: „Deutsche Identität statt Multikultur“, <http://rep-pankow.de/Parteiprogramm.html> (18.10.2009).
- 28 Siehe: <http://rep-pankow.de/Linksblick.html> (18.10.2009).
- 29 Siehe: <http://rep-pankow.de/Pankow.html> (19.10.2009). Alle Fehler im Original.

HERAUSFORDERUNGEN UND ENTWICKLUNGSPOTENZIALE

IM UMGANG MIT RECHTSEXTREMEN: DIE EINSCHÄTZUNGEN DEMOKRATISCHER BEZIRKSVERORDNETER



Sitzung der BVV Neukölln im Rathaus Neukölln

STRATEGIEN UND VORGEHENSWEISEN DER RECHTS- EXTREMEN IN DEN BERLINER BEZIRKSVERORDNETEN- VERSAMMLUNGEN

— Frage: „Wie beurteilen Sie die Arbeit der rechtsextremen Verordneten in Ihrem Bezirk? Welche strategischen Zielsetzungen verfolgen die Rechtsextremen Ihrer Wahrnehmung nach?“

— „Erfolgreich ist die NPD mit dieser Normalisierungsstrategie weitestgehend nicht, weil ihre sachpolitische Kompetenz nicht ausreicht und sie in den Fachausschüssen kaum präsent ist. Die NPD legt es voll und ganz auf die Bühne der BVV-Sitzungen an.“

Peter Groos, BVV Treptow-Köpenick (Bündnis90/Grüne)

Seit ihrem Einzug in die Bezirksverordnetenversammlungen von Berlin im September 2006 ist es den Verordneten von NPD und Republikanern gelungen, sich mit der Gremienarbeit vertraut zu machen und sich mit der geschlossenen Ablehnung seitens der demokratischen Parteien zu arrangieren. Festzustellen ist, dass sich die Aktivitäten der rechtsextremen Fraktionen und Einzelverordneten auf unterschiedlichem Niveau verstetigt haben.

Bereits im vergangenen Jahr, genauer gesagt von Herbst 2007 bis Herbst 2008, ließen sich deutliche Unterschiede in der Arbeit der NPD in den einzelnen Bezirksverordnetenversammlungen konstatieren. Diese Tendenz hat sich weiter verstärkt.

Dementsprechend stark unterscheiden sich auch die Wahrnehmungen der demokratischen Kommunalpolitiker/innen. Grob zusammengefasst lässt sich sagen, dass die Demokrat/innen dort, wo eher inkompetente und inaktive Rechtsextreme in den Bezirksverordnetenversammlungen sitzen, nur schwer strategische Vorgehensweisen bei den Rechtsextremen erkennen können. Dort hingegen, wo, wie in Lichtenberg, eine vergleichsweise rhetorisch-politisch kompetente NPD-Fraktion agiert, lässt sich die rechtsextreme Strategie sehr deutlich aus den Einschätzungen der interviewten Demokrat/innen herausarbeiten.

Trotz der Unterschiede in den einzelnen Bezirken folgt das Vorgehen der NPD-Verordneten nach wie vor strategischen Vorgaben. Sie sind bundesweit für Rechtsextreme in kommunalen Gremien und Landesparlamenten nachweisbar: Die Rechtsextremen begeben sich insgesamt weniger als die Demokrat/innen ins „Hamsterrad“³⁰ der Ausschussarbeit und konzentrieren sich mehrheitlich auf die öffentlichen Sitzungen. Kleinteilige und mühsame demokratische Aushandlungsprozesse zu kommunalpolitischen Sachfragen werden also von den Rechtsextremen zugunsten der öffentlichen Selbstinszenierung vernachlässigt.

Die Analysen rechtsextremer Arbeit in kommunalen Gremien und Landtagen ergeben, vereinfacht zusammengefasst, dass die Rechtsextremen die kommunalen Gremien und Landesparlamente als Bühnen der Agitation, als Lehrwerkstätten und Experimentierfelder, als Informationsquellen sowie zur finanziellen bzw. infrastrukturellen Alimentierung rechtsextremer Akteure und Strukturen nutzen. In den Einschätzungen der befragten demokratischen Kommunalpolitiker/innen stehen die rechtsextremen Versuche, die kommunalen Gremien als Agitationsbühnen zu instrumentalisieren, stark im Vordergrund.

In der Agitation und Selbstdarstellung der rechtsextremen Verordneten wird eine Doppelstrategie deutlich: Einerseits setzen die Rechtsextremen auf ideologisch motivierte Provokationen und Skandalinszenierungen mit eindeutig nationalistischem, rassistischem und geschichtsrevisionistischem Inhalt; sie sollen öffentliche Aufmerksamkeit erzeugen und die eigene rechtsextreme Klientel bedienen. Andererseits starten rechtsextreme Mandatsträger/innen, vordergründig betrachtet,

unideologische Initiativen, mit denen sie sich in populistischer Manier als „Anwält/innen der kleinen Leute“ inszenieren und im Sinne einer Strategie der allmählichen Normalisierung die gesellschaftlich weit verbreitete Ablehnung des Rechtsextremismus unterlaufen wollen.

■ *„Normalisierungsstrategie‘ ist schon die richtige Bezeichnung, das läuft zum einem auf so genannte ‚kommunale Anliegen‘, ‚Bürgeranliegen‘ etc. hinaus, derer sich die NPD als ‚normale‘ Partei selbstverständlich annimmt – und zum anderen auf offen nazistische Vorlagen, an die sich die Gesellschaft gewöhnen soll. Letztere haben in Lichtenberg [...] sogar mehr Gewicht.“* Andreas Prüfer, Stadtrat in Lichtenberg (Die Linke)

■ *„Sie wollen normal wirken. Das machen sie, indem sie die persönliche Nähe zu anderen Bezirksverordneten suchen. Und das machen sie, indem sie die politische Nähe zu anderen Parteien suchen. Sie stellen Anträge, die insbesondere denen der CDU und der Linken ähneln sollen. Auf die CDU zielen sie ab, um als ‚konservativ‘, auf die Linken, um als ‚volksnah‘ anerkannt zu werden.“* Sibylle Appelhagen, BVV Lichtenberg (CDU)

Mit Blick auf das Gesamtbild rechtsextremer Aktivitäten in den Berliner kommunalen Gremien ist im Vergleich zum Vorjahr festzustellen, dass sich der Tätigkeitsschwerpunkt der rechtsextremen Verordneten tendenziell in Richtung der rein kommunalpolitischen Themen verschoben hat. Es werden weniger offen rassistische und geschichtsrevisionistische Anträge und Anfragen gestellt, vielmehr versuchen Verordnete der NPD, sich in Debatten über Initiativen demokratischer Parteien einzumischen, um so rechtsextreme Inhalte in der BVV zu platzieren.

■ *„Provokatorische politische, klar rechtsextreme Anträge sind selten geworden.“*
Hans Erleben und Karin Kant, BVV Treptow-Köpenick (Die Linke)

Bei den kommunalpolitisch ausgerichteten Anträgen von rechtsextremer Seite handelt es sich meist um populistische „Schaufensteranträge“. ³¹ Sie behandeln oft sozialpolitische Themen, die kommunale Infrastruktur sowie Beanstandungen im Bereich öffentliche Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung. Gelegentlich werden auch umwelt- und gesundheitspolitische Bezüge sichtbar.

■ *„Scheinbar ausschließlich kommunalpolitisch orientierte Anträge sind in der Regel nicht ausreichend recherchiert bzw. darauf aus, Themen zu besetzen, ohne Lösungs- und Finanzierungsvorschläge zu unterbreiten. Wiederholt gab es dabei Versuche, sich zum ‚Anwalt‘ von Vereinen zu machen, indem ungefragt [...] deren Anliegen zum Gegenstand eines NPD-Antrags gemacht wurden.“* Rainer Bosse, Vorsteher der BVV Lichtenberg (Die Linke)

Dieses Zitat verdeutlicht die unterschiedlichen Maßstäbe, welche die Demokrat/innen im Vergleich zu Rechtsextremen an ihre kommunalpolitische Arbeit anlegen. Während die Demokrat/innen ernsthaft um die Lösung von Sachfragen ringen, geht es den Rechtsextremen vorrangig um die Selbstinszenierung gegenüber den Wähler/innen und den demokratischen Kommunalpolitiker/innen.

Einige Male brachten rechtsextreme Verordnete Anträge in die BVV ein, die auf den ersten Blick ausschließlich an Sachfragen orientiert erschienen, rechtsextreme Ideologie jedoch unterschwellig enthielten. Auch hierbei handelt es sich um einen Aspekt rechtsextremer Normalisierungsbemühungen. So wurden komplexe Themen, beispielsweise aus dem Bereich der Sozialpolitik, nationalistisch aufgeladen, indem gegen soziale Leistungen für Menschen mit Migrationshintergrund Stimmung gemacht wurde. ³²

■ *„[...] immer wieder der Versuch, sich als die wahrhaft Sozialen darzustellen, auf Kosten von und gegen Migrant/innen (das heißt immer wieder Anfragen und Anträge in der Richtung: ‚Denen wird Zucker in den Hintern geblasen, wir Deutschen haben und kriegen kein Geld und keine Arbeit...‘)“* [Hier gibt Frau Kern die Rhetorik der NPD wieder. – d. Verf.]
Bernadette Kern, BVV Marzahn-Hellersdorf (Bündnis90/Grüne)

Um der gesellschaftlichen Normalisierung näher zu kommen, versuchen die rechtsextremen Verordneten fortdauernd, die Ablehnung durch die Demokrat/innen zu unterlaufen. Hierfür setzten die rechtsextremen Verordneten neben eigenen sachpolitischen Anträgen wiederholt darauf, mittels Änderungsanträgen an Initiativen demokratischer Verordneter anzudocken, sich an Debatten über demokratische Initiativen zu beteiligen oder Themen, welche bereits von demokratischen Parteien aufgegriffen wurden, wenig später selbst auf die Tagesordnung zu setzen. Dies ist auch als Reaktion auf den demokratischen Umgang zu werten: Im Wissen, dass eigene Anträge durch die demokratischen Verordneten stets abgelehnt werden, erscheint es den Rechtsextremen lohnender, auf diesem Weg ihre politischen Ziele einzubringen.

Eine andere Form des Umgangs mit der Ablehnung durch die Demokrat/innen ist die Selbstinszenierung der Rechtsextremen als Opfer der von ihnen so genannten „Blockparteien.“ Besonders in der BVV Lichtenberg provozieren die Rechtsextremen zuweilen empörte Reaktionen der Demokrat/innen, um dann eine „Martyrpose“³³ einnehmen zu können.

■ *„Deswegen halte ich es für wichtig, zu betonen, dass nicht wir sie ausgrenzen, sondern sie sich selbst. Die Rechtsextremen haben den Boden der demokratischen Grundordnung verlassen, ja eigentlich nie betreten, sie halten sich nicht an die demokratischen Spielregeln, deswegen können wir mit ihnen nicht kooperieren. Es steht ihnen frei, zur Anerkennung der demokratischen Werte zurückzukehren. In diesem (unwahrscheinlichen) Fall müssten wir unsere Haltung überdenken.“* Sibylle Appelhagen, BVV Lichtenberg (CDU)

Ziel dieser rechtsextremen Opferrhetorik ist es, den demokratischen Konsens aufzuweichen, den Verordneten die klare Abgrenzung zu erschweren und rechtsextreme Themen in die Debatte zu bringen. Darauf verweisend, dass ihre Präsenz in der BVV durch demokratische Wahlen legitimiert sei, diffamieren die Rechtsextremen die Praxis der demokratischen Parteien als undemokratisch und reklamieren für sich Meinungsfreiheit. Durchgängig ist des Weiteren zu vermerken, dass die rechtsextremen Verordneten antifaschistisches Engagement anprangern, um dadurch von rechtsextremen Angriffen und Gewalt abzulenken oder diese zu relativieren. Oft tun sie dies weniger in eigenen Initiativen, sondern bringen das Thema in Debatten der BVV ein und versuchen so, die Demokrat/innen aufzuspalten und bei einigen demokratischen Verordneten Zustimmung zu bekommen. Die seltenen Wortbeiträge des Pankower REP-Verordneten Michael Rauschenbach beispielsweise folgten nahezu ausschließlich diesem Muster.

■ *„Auffällig ist, dass der Bezirksverordnete der Republikaner sich überwiegend bei Themen zu Wort meldet, bei denen es um Probleme mit Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus usw. geht. Hier versucht der Bezirksverordnete der Republikaner abzuwiegeln, durch unzulässige Vergleiche zu relativieren, Fakten in Spekulationen umzulügen [...]“* Dr. Stefan Schneider, BVV Pankow (Bündnis90/Grüne)

Zur bundesweiten Vorgehensweise Rechtsextremer in kommunalen Gremien gehört es zudem, bei öffentlichen Sitzungen Aktivist/innen und Sympathisant/innen in den Reihen der Gäste zu platzieren. Außer in der Lichtenberger BVV hat die Zahl und Häufigkeit rechtsextremer Besucher/innen bei den Sitzungen in allen Berliner Bezirken im Vergleich zu 2007 und 2008 stark abgenommen. Kontakte der NPD-Verordneten zu nicht-rechtsextremen Besucher/innen konnten nicht beobachtet werden.

Im überregionalen Vergleich fällt schließlich auf, dass Berliner Rechtsextreme bislang verhältnismäßig selten die „Bürgerfragestunde“ zu Beginn einer jeden BVV-Sitzung für die Thematisierung eigener Anliegen nutzen. Anderenorts, wie zum Beispiel im Harzkreis (Sachsen-Anhalt), besuchen häufig mehrere Sympathisant/innen der NPD die „Bürgerfragestunde“ und skandalisieren demokratisches Engagement gegen Rechtsextremismus oder platzieren gezielt ideologisch motivierte Anfragen.

In Berlin hat es in der aktuellen Wahlperiode in Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf vereinzelte

Versuche gegeben, die „Bürgerfragestunden“ für rechtsextreme Agitation zu missbrauchen.³⁴ Während die NPD-Verordneten ganz offensichtlich ein ideologisches und parteipolitisches Interesse verfolgen, erscheinen die Fragestellenden zunächst als unabhängige und interessierte Bürger/innen. So erhalten die rechtsextremen Verordneten Gelegenheit, Themen aufzugreifen und für sich nutzbar zu machen. Sie können sich hierbei als Volksvertreter/innen gerieren und gleichzeitig „beweisen“, wie verbreitet ihre Ansichten angeblich in der Bevölkerung sind.

UMGANG MIT RECHTSEXTREMEN VERORDNETEN IM KOMMUNALPOLITISCHEN ARBEITSALLTAG

— Frage: *„Können Sie Ihren persönlichen Umgang mit den rechtsextremen Bezirksverordneten für uns beschreiben? Verfolgt Ihre Fraktion im Umgang mit den Verordneten der NPD spezifische Strategien und/oder Ziele?“*

— *„Wir verfolgen das allgemeine Ziel, die NPD durch Debatten nicht unnötig aufzuwerten und gleichzeitig bei ideologischen Anträgen der Rechtsextremen deren Wesen nach außen deutlich zu machen.“* Christian Petermann, Fraktionsvorsitzender BVV Lichtenberg (Die Linke)

Den analytischen Kategorien einer Untersuchung von Benno Hafener und Sven Schönfelder zufolge lassen sich drei Hauptformen des Umgangs mit rechtsextremen Verordneten in Parlamenten und kommunalen Gremien idealtypisch unterscheiden.³⁵ Da ist zunächst der „gelassene, sachbezogen diskutierende“ Umgang, bei dem die jeweiligen demokratischen Verordneten sich – auf ihre eigene argumentative Überlegenheit bauend – auf sachpolitische Diskussionen mit Vertreter/innen rechtsextremer Parteien einlassen, ohne deren antidemokratische Ideologie zu reflektieren. Die zweite Umgangsweise ist die des Ignorierens und Mißachtens, die rechtsextreme Initiativen generell ablehnt, rechtsextreme Verordnete mit Nicht-Achtung straft und keine politische Auseinandersetzung über ihre rechtsextremen Positionen führt. Die Intention hierbei ist, die Rechtsextremen nicht durch Aufmerksamkeit unnötig aufzuwerten.

Die dritte Form bezeichnen Hafener und Schönfelder als „entlarvenden und selbstbewusst-dechiffrierenden“ Umgang. Zu Beginn der aktuellen Wahlperiode 2006 verständigten sich die demokratischen Parteien Berlins auf gemeinsame Grundsätze zum Umgang mit den rechtsextremen Verordneten. Dieser „Berliner Konsens“³⁶ wurde auch in gemeinsamen Erklärungen veröffentlicht. Zum Teil geschah dies öffentlichkeitswirksam bei den konstituierenden Sitzungen der Bezirksverordnetenversammlungen. Die Umsetzung dieses Konsenses im Alltagsgeschäft der Berliner Bezirksverordnetenversammlungen entspricht in weiten Teilen der „entlarvenden, selbstbewusst-dechiffrierenden“ Umgangsweise nach Hafener und Schönfelder. Deren Kern ist, bei rechtsextremen Initiativen durch einen kurzen Wortbeitrag auf den antidemokratischen Charakter der Urheber/innen hinzuweisen, anstatt sie unkommentiert abzulehnen. Adressat/innen eines solchen dechiffrierenden Umgangs sind weniger die Rechtsextremen selbst als vielmehr die breite Öffentlichkeit, der eine deutliche Positionierung für Demokratie und gegen Rechtsextremismus vermittelt werden soll. Ein sachbezogener Austausch von Argumenten zwischen Demokrat/innen und Rechtsextremen, bei dem der menschenverachtende Charakter der rechtsextremen Ideologie außer Acht gelassen wird, kommt demzufolge nicht in Frage.

Die für diese Publikation befragten Kommunalpolitiker/innen heben hervor, dass ein gemeinsames und koordiniertes Vorgehen aller Demokrat/innen eines der wichtigsten Elemente des „Berliner Konsenses“ sei. Als Ort der Verständigung dient hauptsächlich der Ältestenrat. Wo dies wegen rechtsextremer Präsenz im Ältestenrat, wie in Lichtenberg und Treptow-Köpenick, nicht oder zumindest nicht immer praktikabel erscheint, werden informelle Absprachen getroffen.

Rechtsextremen Initiativen wird in der Regel von nur einem/r Vertreter/in der demokratischen Parteien entgegnet, wobei diese Aufgabe unter den Fraktionen rotiert. Dieses Verfahren drückt die Einigkeit der Demokrat/innen aus, begrenzt den zeitlichen Arbeitsaufwand der Auseinandersetzung mit den Rechtsextremen und wird dem Prinzip der Parteienparität gerecht.

■ *„Wir haben uns mit den anderen Parteien geeinigt, dass auf NPD-Anträge jeweils nur ein demokratischer Vertreter antwortet. Dies demonstriert zunächst die Einigkeit der Demokraten gegen die NPD; weiterhin wird dadurch schon rein zeitlich die populistisch motivierte Ausrichtung der meisten NPD-Anträge im Rahmen gehalten.“* Oliver Igel (Fraktionsvorsitzender) und Matthias Schmidt, BVV Treptow-Köpenick (SPD)

Trotz der beschriebenen Vorteile dieser Verfahrensweise begrenzt sie zugleich die politischen Möglichkeiten der einzelnen Parteien, zu den Inhalten rechtsextremer Ideologie tiefgehender und ausführlicher Stellung zu beziehen. Deswegen plädieren einige demokratische Abgeordnete für eine gelegentliche Abkehr von der bisherigen Praxis.

■ *„Es wäre zu überlegen, ob eine intensivere Debattenkultur zu den von der NPD aufgeworfenen Themen anzustreben ist. Das bisherige Verfahren [...] lässt wenig Spielraum für ausreichend politische Abgrenzung und Auseinandersetzung mit den undemokratischen Thesen der Nazis.“* Hassan Metwally und Björn Tielebein, BVV Marzahn-Hellersdorf (Die Linke)

Der „Berliner Konsens“ der Demokrat/innen beansprucht zudem, auch sachpolitische Anträge von rechtsextremer Seite generell abzulehnen und dies stets mit Verweis auf ihren instrumentellen Charakter zu begründen.

■ *„Bei vermeintlich nicht rechtsextrem motivierten Anträgen (z. B. Zebrastreifen vor Altenheim) erklären Demokraten, warum es sich auch hier um tiefer liegende rechtsextreme Gedanken und Strategien handelt.“* Oliver Igel (Fraktionsvorsitzender) und Matthias Schmidt, BVV Treptow-Köpenick (SPD)

Ein weiteres Grundelement des „Berliner Konsenses“ ist der Verzicht auf eine Kalkulation mit rechtsextremen Stimmen für eigene Anliegen.

■ *„Es wird auch nicht auf Stimmen aus der NPD zu eigenen Anträgen spekuliert, auch wenn das Abstimmungsverhalten der NPD natürlich nicht beeinflussbar ist.“* Rainer Bosse, Vorsteher der BVV Lichtenberg (Die Linke)

Neben dem politischen Umgang mit rechtsextremen Initiativen stellt sich den Demokrat/innen im kommunalpolitischen Arbeitsalltag fortlaufend die Frage, wie sie mit den rechtsextremen Mandatsträger/innen als Personen umgehen sollen. Diese Frage ist keineswegs nebensächlich: Das Agieren sowie das persönliche Verhalten demokratischer Politiker/innen werden in der Öffentlichkeit wahrgenommen und dienen immer wieder als Maßstab für gesellschaftliche Werte und Umgangsformen. Eine soziale Integration der rechtsextremen Mandatsträger/innen in Form des sonst unter Demokrat/innen üblichen kollegialen Verhaltens wäre problematisch, würde sie doch den Normalisierungsbemühungen der NPD Vorschub leisten. Unabhängig von dieser prinzipiellen Überlegung widerstrebt es der Mehrheit der demokratischen Abgeordneten aufgrund ihrer politischen Überzeugung, mit den Rechtsextremen einen kollegialen Umgang zu pflegen.

■ *„Ich pflege diese Menschen nicht zu grüßen oder sonst irgendwie Notiz von ihnen zu nehmen [...] Ich empfinde eine tiefe Abneigung gegen diese Menschen.“*
Ole Kreins, BVV Lichtenberg (SPD)

■ *„NPDler sind keine Kollegen; sie werden von uns auch in Debatten nicht als solche angesprochen. Kollegen können in einem demokratischen Forum nur Demokraten sein. Allein die Tatsache, dass sie (leider) gewählt wurden, begründet keinen kollegialen Umgang.“*

Oliver Igel (Fraktionsvorsitzender) und Matthias Schmidt, BVV Treptow-Köpenick (SPD)

Ein sachlicher Umgang mit den rechtsextremen Verordneten besteht jedoch in Form alltäglicher Arbeitskontakte, die insbesondere für die Mitarbeiter/innen der BVV-Büros, die Stadträt/innen, die BVV-Vorsteher/innen, die BVV-Fraktionsvorsitzenden und die Ausschussvorsitzenden unvermeidbar sind. Die Grenzziehung zwischen dem formal notwendigen und dem persönlichen Umgang muss mithin kontinuierlich überprüft und reflektiert werden.

■ *„Es gibt keinen persönlichen Umgang mit den rechtsextremen Bezirksverordneten. Es gibt nur einen professionellen Umgang. Als Ausschussvorsitzende habe ich sie in die allgemeine Sitzungsarbeit miteinzubeziehen, ihnen Unterlagen zukommen zu lassen, ihre Wortmeldungen zu berücksichtigen etc.“* Sibylle Appelhagen, BVV Lichtenberg (CDU)

■ *„Als BVV-Vorsteher muss ich jedoch für die Fraktionsvorsitzende als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Das beschränkt sich dann auf Sachfragen.“* Rainer Bosse, Vorsteher der BVV Lichtenberg (Die Linke)

Gerade bei dieser Problemstellung wird ein eklatanter Unterschied zwischen den großstädtischen Gegebenheiten Berlins einerseits und eher kleinstädtisch oder ländlich geprägten Kommunen andererseits sichtbar. Wie mehrere Teilnehmende des überregionalen Erfahrungsaustausches am 03. September 2009 schilderten, erschwert die große sozialräumliche Nähe in kleinen Ortschaften die persönliche Abgrenzung im Alltag erheblich.

Auch wenn alle befragten Demokrat/innen darin übereinstimmen, keine persönlichen Beziehungen mit rechtsextremen Verordneten zu unterhalten, gibt es im Einzelfall graduelle Unterschiede. Während einige den Rechtsextremen selbst die alltäglichsten Umgangsformen wie etwa das Grüßen verweigern, verfolgen andere solche gesellschaftlichen Konventionen auch gegenüber den Rechtsextremen. Begründet wird dies mit der Notwendigkeit zwischenmenschlichen Respekts oder auch mit dem Respekt vor den Wähler/innen antidemokratischer Parteien, die es für die Demokratie zurückzugewinnen gelte.

Auf die kontinuierlichen Kontaktabbauversuche vonseiten einiger rechtsextremer Bezirksverordneter geht allerdings keine/r der demokratischen Verordneten ein. Einzige Ausnahme ist der REP-Verordnete Rauschenbach in der Pankower BVV, der von einzelnen Mandatsträger/innen kollegial behandelt wird.

■ *„Noch eine eiserne und unumstößliche Regel: Es gibt keine Pausen- oder Flurgespräche mit Nazis!“* Oliver Igel (Fraktionsvorsitzender) und Matthias Schmidt, BVV Treptow-Köpenick (SPD)

■ *„Die allgemeinen Formen des Anstandes [...] werden eingehalten.“* Rainer Bosse, Vorsteher der BVV Lichtenberg (Die Linke)

Manche Verordnete adressieren in der üblichen Anfangsformel von Wortbeiträgen („Sehr geehrte Herr/Frau Vorsteher/in, sehr geehrte Bezirksverordnete, sehr geehrte Gäste“) ausdrücklich die demokratischen Verordneten. Dies ist sicher ein geeignetes Mittel, um sich im kommunalpolitischen Alltag kontinuierlich und deutlich von den Rechtsextremen abzugrenzen. Allgemein fällt auf, dass den demokratischen Verordneten die Abgrenzung von seriös, höflich und verbindlich auftretenden Rechtsextremen wie Torsten Meyer und Mandy Schmidt schwerer fällt als bei notorischen Provokateuren.

ALLES ANDERE ALS HARMLOS – UMGANG MIT RECHTSEXTREMEN FRAUEN IN KOMMUNALEN GREMIEN

Im Rahmen der kommunalpolitischen Verankerungsversuche der NPD werden in den letzten Jahren zunehmend Frauen in die öffentliche Arbeit eingebunden. Sie stehen an Informationsständen, kümmern sich um die Mitgliederwerbung und treten vermehrt als Kandidatinnen bei Bundes-, Landes- und Kommunalwahlen an. Sie treten dabei nicht in Konkurrenz zu männlichen Kandidaten und Mandatsträgern, sondern beschränken sich thematisch vorwiegend auf „weiche Politikfelder“ wie die Sozialpolitik, für die sie sich durch ihr Geschlecht prädestiniert sehen.

Insgesamt waren sechs Frauen unter den 23 Kandidat/innen bei den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen im September 2006 in den Bezirken Lichtenberg, Treptow-Köpenick, Marzahn-Hellersdorf und Neukölln. Frauen werden gezielt auch in die vorderen Reihen der Partei aufgenommen, „[...] weil Frauen eben anders wirken“,³⁷ so der Vorsitzende des Berliner Landesverbandes der NPD, Jörg Hähnel.

Bestätigt wurde seine Einschätzung zuletzt durch das Nachrücken der Verordneten Mandy Schmidt in die NPD-Fraktion der BVV Treptow-Köpenick im Juni 2009. Mit ihrem zurückhaltenden und freundlichen Auftreten konterkariert sie das geläufige Bild des klassischen Rechtsextremen und sorgt für Verwirrung in den Reihen der demokratischen Bezirksverordneten.

— *„Mandy Schmidt erfüllt ja doch nicht wirklich das Bild einer Rechtsextremen. In der letzten Sitzung saß sie beispielsweise in einem Sommerkleid in der Reihe. Auch in den Ausschüssen fällt sie zwar durch ihre Teilnahmslosigkeit auf, geistig ist sie aber nicht abwesend. Dies unterscheidet sie beispielsweise von Herrn Liebenow“* Lars Düsterhöft, BVV Treptow-Köpenick (SPD)

Dies trifft auf die zweite weibliche Bezirksverordnete der NPD in Berlin nicht zu: Manuela Tönhardt, NPD-Fraktionsvorsitzende in der Lichtenberger BVV, pflegt einen aggressiv-konfrontativen Stil der Auseinandersetzung. Doch obwohl sie, genau wie ihr Fraktionskollege Hähnel, offen rechtsextrem und provokativ auftritt, wird ihr als Frau eher eine gewisse Kompetenz bei sogenannten „weichen“ Themen wie Kinder- und Familienpolitik zugestanden als Hähnel.

Auf einen solchen „Frauenbonus“ setzen rechtsextreme Frauen in ihrem Agieren in der Kommune vermehrt – teilweise mit Erfolg. Obwohl sie inhaltlich oft nicht weniger ideologisch geschult argumentieren als ihre männlichen Parteikameraden, wird Frauen als dem vermeintlich per se „friedlicheren Geschlecht“ eine Immunität gegenüber menschenverachtenden Ideologien wie dem Rechtsextremismus zugesprochen. *„Und wir Frauen sind eben ein Sinnbild für Mütterlichkeit, für Gewaltlosigkeit, für auch Harmonie, und dass intern, innerhalb einer Gemeinschaft oder einer Partei wie der NPD und Ring Nationaler Frauen, eine gewisse Stimmung auch da ist“*, wie es die stellvertretende Vorsitzende des „Ringes Nationaler Frauen“, Stella Hähnel, ausdrückt.³⁸ Über Frauen in den ersten Reihen versucht die NPD, sich einen bürgernahen Anstrich zu geben, den männliche Hardliner wie Eckart Bräuniger nur schwer vermitteln können.

Darüber hinaus bestätigen Studien, dass Frauen im Allgemeinen nicht im selben Maße wie Männer als politische Subjekte wahrgenommen werden,³⁹ sodass bei ihren Aktivitäten seltener ein politischer oder gar rechtsextremer Hintergrund vermutet wird. So wird etwa der Verordneten Schmidt zunächst ein kommunalpolitisches und ein nicht rechtsextrem motiviertes Interesse zugesprochen, auch wenn sie nicht aktiv an den Sitzungen teilnimmt. Die NPD versucht dies zu nutzen, um die Ablehnung der demokratischen Parteien zu durchbrechen und um eigene Inhalte zu platzieren.

Im Umgang mit rechtsextremen Frauen in kommunalen Gremien ist zu demselben Umgang zu raten, der auch für ihre männlichen Kollegen gilt. Einstellungsuntersuchungen zeigen, dass Frauen im selben Maße wie Männer zu rassistischen und nationalistischen Einstellungen neigen.⁴⁰ Nicht zuletzt liegt eine Herausforderung für die Demokrat/innen darin, das scheinbar unauffällige und bürgernahe Auftreten rechtsextremer Frauen zu entlarven und sich öffentlich dagegen zu positionieren.

Für die demokratischen Parteien ist es von entscheidender Bedeutung, ihre Ablehnung der rechtsextremen Ideologie auch in die breite Öffentlichkeit zu transportieren und für die Bevölkerung nachvollziehbar zu machen. Die demokratischen Parteien müssen mithin hinausgehen über den alltäglichen politischen Umgang mit rechtsextremen Initiativen, der sich in den kommunalen Gremien abspielt. Um über die Vorgehensweisen und die Hintergründe der rechtsextremen Aktivitäten in den kommunalen Gremien aufzuklären, veröffentlichen einige der demokratischen Parteien Beiträge in parteieigenen Medien oder bringen Flugblätter heraus.

Einige Verordnete sehen vor allem in der Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit die Möglichkeit, die kommunalpolitische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zu intensivieren. Von einigen der befragten Demokrat/innen wird die Absicht geäußert, sich in Zukunft noch stärker in Bürger/innenversammlungen und Veröffentlichungen an die lokale Bevölkerung zu richten und über Rechtsextremismus im Bezirk zu informieren. Zwar leidet auch die Öffentlichkeitswirksamkeit der demokratischen Kräfte in der Kommunalpolitik an der gesellschaftlich weit verbreiteten Politikverdrossenheit, dennoch verfügen alle Parteien über Möglichkeiten, zumindest die eigene Klientel zu erreichen.

Das übergeordnete strategische Ziel des demokratischen Umgangs mit den rechtsextremen Verordneten ist, den Wiedereinzug der NPD in Berlins kommunale Gremien zu verhindern. Das Geschehen in den Bezirksverordnetenversammlungen ist aber nur einer von vielen Einflussfaktoren auf Wahlergebnisse, vielmehr sind das Zurückdrängen der Rechtsextremen sowie die Stärkung der Teilnahmemöglichkeiten an demokratischen Entscheidungsprozessen gesamtgesellschaftliche Herausforderungen.

— *„Allerdings mache ich mir keine Illusionen: Ich bin davon überzeugt, dass die Frage von Erfolg oder Misserfolg der NPD bei den nächsten bezirklichen Wahlen in Berlin in 2011 leider nur sehr wenig vom konkreten Tun der NPD-Fraktion und auch nur sehr wenig von Qualität und Intensität der sich gegen die NPD richtenden Arbeit der demokratischen Bezirksverordneten abhängt.“* Peter Groos, BVV Treptow-Köpenick (Bündnis90/Grüne)

HANDLUNGSSICHERHEIT ODER SCHLEICHENDE GEWÖHNUNG?

— *Frage: „Hat sich Ihr Umgang mit den Rechtsextremen im Laufe der vergangenen zweieinhalb Jahre verändert und wenn ja, inwiefern?“*

— *„Man hat sich allgemein daran gewöhnt, dass die NPD da ist. Allein dieser Fakt ist ein wenig erschreckend. Allerdings kann man auch nicht 5 Jahre lang den Ausnahmezustand verkünden.“* Lars Dusterhöft, BVV Treptow-Köpenick (SPD)

Nach drei Jahren gehört die Anwesenheit Rechtsextremer für die demokratischen Verordneten zum Arbeitsalltag. Ein schleichender Gewöhnungsprozess ist in allen Berliner Bezirksverordnetenver-

sammlungen unübersehbar. Von einem Erfolg der rechtsextremen Normalisierungsbemühungen kann dennoch nicht gesprochen werden. Die Rechtsextremen werden weiterhin nicht als Teil der demokratischen Kommunalpolitik wahrgenommen, geschweige denn akzeptiert.

- *„Die NPD-Fraktion musste schnell erkennen, dass die übrigen 52 Bezirksverordneten sie nicht aus der rechtsextremen Ecke entkommen lassen würden.“* Peter Groos, BVV Treptow-Köpenick (Bündnis90/Grüne)

Die Frage, in welchem Maße auf rechtsextreme Initiativen reagiert werden und wie viel Raum diese Auseinandersetzung einnehmen sollte, beantworten die Kommunalpolitiker/innen recht unterschiedlich.

- *„Zu Beginn der Legislaturperiode haben die Bezirksverordneten zu stark auf die NPD reagiert und ihr damit zusätzlich Aufmerksamkeit verschafft. Das hat sich vor allem darin geäußert, dass mehrere Parteienvertreter zu Anträgen der NPD geredet haben.“* Erik Gührs, BVV Lichtenberg (SPD)

Während einige Kommunalpolitiker/innen die derzeitige Praxis als Zeichen einer zunehmenden Selbstgewissheit und Souveränität in der Auseinandersetzung mit der NPD werten, problematisieren andere die schleichende Gewöhnung an die Rechtsextremen. Letztere kritisieren vor allem die Tendenz, mehr und mehr rechtsextreme Initiativen ohne angemessene inhaltliche Auseinandersetzung und Positionierung abzulehnen. Dies betrifft besonders die rein kommunalpolitischen Anträge rechtsextremer Verordneter.

- *„Es ist aber bei den Bezirksverordneten eine zunehmende Abneigung zu spüren, sich mit NPD-Anliegen verbal in der BVV-Sitzung auseinanderzusetzen – (zu) oft werden Beiträge der NPD ohne Gegenrede in der Sitzung hingenommen, und es wird nur durch Antragsablehnung Konsequenz dokumentiert.“* Andreas Prüfer, Stadtrat in Lichtenberg (Die Linke)

Deutlich wird somit, dass viele Demokrat/innen ein sehr scharfes Auge für schleichende Normalisierungsprozesse haben und nach Kräften versuchen, ihnen in den Bezirksverordnetenversammlungen und darüber hinaus entgegenzuwirken. Durch eine Intensivierung und Verstetigung der parteiübergreifenden Absprachen können Irritationen vermieden und flexible, situationsangepasste Vorgehensweisen vereinbart werden.

ZUSAMMENARBEIT DER DEMOKRAT/INNEN AUF BEZIRKSEBENE

- *Frage: „Wenn Sie an die Zusammenarbeit der demokratischen Parteien in der Auseinandersetzung mit den rechtsextremen Verordneten in Ihrem Bezirk denken, wie würden Sie diese einschätzen?“*
- *„Die demokratischen politischen Kräfte verzichten zugunsten des gemeinsamen Ziels der Eindämmung der NPD auf einen Wettbewerb um die größte antifaschistische Einzelleistung.“* Peter Groos, BVV Treptow-Köpenick (Bündnis90/Grüne)

Die Bewertung der parteiübergreifenden Zusammenarbeit fällt unterschiedlich aus: Obwohl sich eine Mehrheit der Befragten zufrieden zeigt, werden punktuell auch Wünsche nach Weiterentwicklung und Vertiefung der bisherigen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und der da-

raus folgenden Praxis in der Gremienarbeit geäußert. Nicht immer wird an der ursprünglich vereinbarten Kooperation der Demokrat/innen festgehalten.

■ *„Es gibt kurze Absprachen zwischen den Fraktionen, wer auf die Drucksachen der NPD eingeht [...]. Ich bin allerdings damit nicht zufrieden. Eine wirkliche Auseinandersetzung findet nicht statt. Auch kein Treffen der Fraktionen bzw. Parteien insgesamt zu dem Thema, was immer angedacht war.“* Bernadette Kern, BVV Marzahn-Hellersdorf (Bündnis90/Grüne)

Eine intensivere inhaltliche Auseinandersetzung mit rechtsextremen Ideologien und Strategien über die Parteigrenzen hinaus, beispielsweise im Rahmen interfraktioneller Treffen, könnte ein wichtiges Instrument zur qualitativen Weiterentwicklung des demokratischen Umgangs mit Rechtsextremen sein. Dies gilt insbesondere mit Blick auf den bevorstehenden Berliner Wahlkampf in 2011, bei dem nach den Erfahrungen vom Sommer 2006 ein massives Auftreten Rechtsextremer zu befürchten ist.

Durch einen solch überparteilichen Austausch würden sich auch diejenigen Kommunalpolitiker/Innen stärker unterstützt fühlen, die sich inner- wie außerhalb ihrer Fraktionen besonders stark gegen Rechtsextremismus engagieren.

■ *„Die Zusammenarbeit ist gut, wenn auch unterschiedlich und von einzelnen Personen abhängig.“* Hans Erxleben und Karin Kant, BVV Treptow-Köpenick (Die Linke)

Bei dem Werkstattgespräch am 03. September 2009 wurde deutlich, dass nicht nur in Berlin die Auseinandersetzung mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien meist die Angelegenheit einiger weniger Spezialist/innen bleibt und nicht ausreichend von der ganzen Breite einer Fraktion bzw. Partei getragen wird. Dies kann unter Umständen zur Frustration bei besonders engagierten Demokrat/innen führen.

Der „Berliner Konsens“ hat sich als praktikable und zugleich belastbare Handlungsgrundlage der Demokrat/innen bewährt. Seine Bewahrung und Festigung stellt die um Wähler/innenzustimmung wettstreitenden Parteien, die ja z. T. gegensätzliche Programme und Lösungsansätze vertreten, jedoch immer wieder vor Herausforderungen.

■ *„Problematisch ist allerdings der Versuch der CDU, Rechtsextremismus und Linksextremismus gleichzusetzen. Diese Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus verschleiert die Ursachen der beiden unterschiedlichen gesellschaftlichen Phänomene und reduziert sie auf die Gewaltproblematik.“* Ole Kreins, BVV Lichtenberg (SPD)

BEZIRKSÜBERGREIFENDER AUSTAUSCH

■ *Frage: „Gibt es einen berlinweiten Austausch unter den demokratischen Parteien zum Umgang mit der NPD in den Bezirksverordnetenversammlungen, z. B. innerhalb Ihrer eigenen Partei oder über Parteigrenzen hinweg?“*

Innerhalb der unterschiedlichen demokratischen Parteien gibt es Austauschprozesse, die Strategiebildung und Erfahrungstransfer ermöglichen. Foren dieses Austauschs sind landesweite Arbeitsgemeinschaften zum Thema Rechtsextremismus, wie sie bei einigen demokratischen Parteien existieren. Auch in den von Zeit zu Zeit stattfindenden innerparteilichen Runden der Fraktionsvorsitzenden aller Bezirke und in den Parteiverbänden der jeweiligen Bezirke wird über den Umgang mit Rechts-

extremen in kommunalen Gremien gesprochen. Dabei scheint die Intensität dieser Austauschprozesse im Lauf der Zeit abgenommen zu haben. Dies wird von manchen Bezirksverordneten für eine zwangsläufige Entwicklung gehalten, scheint doch der anfängliche große Klärungsbedarf überwiegend gestillt. Andere Demokrat/innen hingegen wünschen sich auch auf dieser Ebene eine intensivere innerparteiliche Kommunikation. Vereinzelt wird geäußert, dass von derartigen Kommunikationsprozessen, so sie denn stattfinden, zu wenig an der bezirklichen Basis ankomme.

Ein gleichzeitig bezirks- und parteiübergreifender Austausch zum Thema fehlt offenbar fast vollständig. Dies wird von nicht wenigen der Befragten als Problem angesehen; entsprechend wurde hier Handlungsbedarf angemeldet. Zwar gibt es einen Austausch der Vorsteher/innen der Bezirksverordnetenversammlungen, in der auch über den Umgang mit rechtsextremen Mandatsträger/innen gesprochen wird. Er bedarf aber offenbar einer Ergänzung durch parteipolitische Gremien.

■ *„Leider gibt es parteiübergreifend und vor allem bezirksübergreifend keine derartigen Veretzungsstrukturen.“* Hassan Metwally und Björn Tielebein, BVV Marzahn-Hellersdorf (Die Linke)

■ *„Innerhalb der eigenen Partei wird das diskutiert, zwischen den Parteien gibt es m. E. relativ wenig berlinweiten Austausch zu diesem Thema.“* Heinz Wagner, BVV Neukölln (Bündnis90/Grüne)

■ *„Parteiübergreifend kommt es – meines Erachtens – zu einem berlinweiten Austausch nur aufgrund von Gelegenheiten, welche Dritte schaffen, z. B. die MBR, der Verein für demokratische Kultur in Berlin e. V. oder bei offiziellen Gedenktagen.“*

Sibylle Appelhagen, BVV Lichtenberg (CDU)

GOOD PRACTICE IM KOMMUNALPOLITISCHEN UMGANG MIT RECHTSEXTREMISMUS

■ *Fragen: „Wie schätzen Sie die spezifischen Handlungsmöglichkeiten von demokratischer Kommunalpolitik in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und dem Eintreten für Demokratie und Menschenrechte ein? Können Sie uns ein gelungenes Beispiel für die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Initiativen in ihrer BVV aus dem vergangenen Jahr nennen?“*

■ *„[...] dass es nicht allein darauf ankommt, Rechtsextremismus abzuwehren, sondern dass es genauso notwendig ist, Maßnahmen zu entwickeln, die geeignet sind, das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit einer weltoffenen und toleranten Demokratie wiederherzustellen.“*

Dr. Stefan Schneider, BVV Pankow (Bündnis90/Grüne)

Die Berliner Bezirksämter und Bezirksverordnetenversammlungen haben schon lange vor dem Einzug rechtsextremer Mandatsträger/innen vielfältige Akzente für Demokratie und gegen Rechtsextremismus gesetzt. Die folgende Zusammenstellung von Handlungsmöglichkeiten kann einerseits als Beschreibung der vielfältigen Aktivitäten gelesen werden, die in den Berliner Bezirken seit langem geleistet werden, andererseits kann die Zusammenstellung Anregungen geben, bestimmte Elemente in andere Bezirke zu übertragen und an die lokalen Bedingungen anzupassen.

Die Handlungsmöglichkeiten zeigen, wie den Rechtsextremen in den kommunalen Gremien ganz konkret begegnet werden kann, z. B. indem sie durch bestimmte Anträge geradezu dazu gezwungen werden, die Maske der Normalität fallen zu lassen und ihren antidemokratischen und menschenverachtenden Charakter zu offenbaren.⁴¹

Symbolische Aktionen, die den „Berliner Konsens“ der Demokrat/innen ausdrücken und festigen, machen zudem die Ablehnung rechtsextremer Ideologie und die damit einhergehende Stärkung demokratischer Positionen für die Öffentlichkeit sichtbar.

- *„In der Juli-BVV dieses Jahres [2009 – d. Verf.] forderte die NPD, dass Regenbogenfahnen nicht mehr gehisst werden. Meine Fraktion verteilte daraufhin zur BVV kleine Regenbogenfahnen an alle demokratischen Parteien, die diese in der BVV aufstellten, während das Bezirksamt eine große Fahne im BVV-Saal hisste. Auch gaben wir eine Pressemitteilung heraus, die von mehreren Zeitungen aufgegriffen wurde, in der wir im Namen aller Demokraten erklärten, dass der Antrag und die Sprache der NPD abzulehnen sind.“*

Christian Petermann, Fraktionsvorsitzender BVV Lichtenberg (Die Linke)

Ein weiteres Mittel ist die strikte Handhabung der Geschäftsordnung und die Ausschöpfung ihrer Möglichkeiten zur Einschränkung des Spielraums der Rechtsextremen. Ergänzt werden die politischen Handlungsmöglichkeiten durch juristische. Die beiden Verurteilungen von Jörg Hähnel wurden von mehreren demokratischen Verordneten aus Lichtenberg als großer Erfolg gewürdigt – gleichzeitig betonten diese jedoch, dass der Schwerpunkt auf der inhaltlichen und politischen Auseinandersetzung und nicht im administrativ-juristischen Bereich liegen müsse.

- *„Des Weiteren wurde in Lichtenberg das Mittel der juristischen Auseinandersetzung erfolgreich angewandt. Mit der zweimaligen Verurteilung von Jörg Hähnel wird der Öffentlichkeit gegenüber deutlich gemacht, dass man es bei der NPD mit Straftätern zu tun hat, nicht mit Interessenvertretern der Bevölkerung.“* Christian Petermann, Fraktionsvorsitzender BVV Lichtenberg (Die Linke)

Die Mehrzahl der geschilderten Handlungsmöglichkeiten geht weit über den Rahmen der Auseinandersetzung in der BVV hinaus. Genannt werden unter anderem eine veränderte Raumvergabepraxis der Bezirke für bezirkseigene Räumlichkeiten und die Organisierung von Protesten gegen rechtsextreme Aktivitäten.

- *„In unserem Bezirk haben sich seit 2008 durch die Anwendung eines durch die MBR angelegten neuen Mietvertrages zur Nutzung von kommunalen Räumen die Handlungsmöglichkeiten erweitert und verbessert.“* Hans Erleben und Karin Kant, BVV Treptow-Köpenick (Die Linke)

- *„Wenn die NPD Aufmärsche oder Demos im Bezirk organisiert, rufen wir zu Gegenveranstaltungen auf und nehmen an diesen auch selbst teil.“* Gordon Lemm, BVV Marzahn-Hellersdorf (SPD)

- *„Vor den alljährlichen Dezembereufmärschen der rechten Szene⁴² wird immer im November in der BVV ein interfraktioneller Antrag zur Teilnahme an der Gegenaktion beschlossen, bei der sich die demokratischen Parteien in der Begründung abwechseln.“*

Hans Erleben und Karin Kant, BVV Treptow-Köpenick (Die Linke)

Das Spektrum der Möglichkeiten wird noch erweitert, wenn der Gesamtbereich kommunaler Politik und Verwaltung, der lokalen Zivilgesellschaft und des Bildungswesens einbezogen wird. Dann reicht die Bandbreite von der materiellen und ideellen Unterstützung demokratischer Initiativen und der Stärkung von demokratischer Orientierung und Zivilcourage an Schulen über die Sensibilisierung von Vereinen und Freien Trägern sowie der Mitarbeiter/innen der Verwaltung bis hin zur Erarbeitung, Verankerung und Umsetzung eines ganzheitlichen Leitbildes „Bezirk ohne Rassismus“.

- *„Unser Ansatz war – und ist –, sich nicht in erster Linie auf die Rechtsextremen zu fokussieren, sondern insgesamt Aktionen zu unterstützen und zu initiieren, die Interesse und eigene Beteiligung in der Demokratie stärken, eben bei denjenigen, die sonst schweigen oder nicht hinsehen wollen.“* Bernadette Kern, BVV Marzahn-Hellersdorf (Bündnis90/Grüne)

Allerdings unterliegen die Handlungsmöglichkeiten engagierter Kommunalpolitiker/innen auch Grenzen, die durch für sie kaum beeinflussbare Rahmenbedingungen gesetzt sind. Dazu gehört nicht nur die Abhängigkeit der kommunalpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten von den – notorisch knappen – Mittelzuweisungen durch Land und Bund. Die Handlungsmöglichkeiten demokratischer Kommunalpolitik hängen zudem von der Bereitschaft der Bevölkerung ab, selbst für Demokratie und Menschenrechte tätig zu werden. Die Demokrat/innen wissen nur zu gut, dass die Kommunalpolitik zivilgesellschaftliches Engagement nicht „ersetzen oder initiieren“⁴³ kann.

Einige demokratische Bezirksverordnete kritisieren das allgemeine Desinteresse an Kommunalpolitik und die selektive Wahrnehmung der Massenmedien, die generell zu wenig berichten und dann oft nur gebannt auf die Rechtsextremen starren, den demokratischen (Gegen-)Aktivitäten dagegen kaum Platz einräumen.

■ *„Viel zu selten wird die Problematik der NPD im Bezirk in den lokalen Zeitungen thematisiert.“* Lars Düsterhöft, BVV Treptow-Köpenick (SPD)

■ *„Es ist häufig vorgekommen, dass Kamerateams in die BVV kamen und sich ausschließlich mit den Vertretern der NPD beschäftigt haben. Das wertet diese auf und hinterlässt bei den anderen einen schalen Geschmack.“* Sibylle Appelhagen, BVV Lichtenberg (CDU)

Während die NPD durch ihre Skandalinszenierungen gelegentlich mediale Aufmerksamkeit auf sich lenkt, wird über demokratische Initiativen nur sporadisch und meist bloß in den bezirklichen Wochenblättern berichtet. Eine vermehrte Medien-Präsenz der kommunalen Auseinandersetzungen mit Rechtsextremen würde die öffentliche Wirksamkeit und die Ausstrahlungskraft demokratischen Engagements steigern.

FAZIT

Nach drei Jahren rechtsextremer Präsenz in Berliner Bezirksverordnetenversammlungen lässt sich konstatieren, dass die Rechtsextremen zwar im parlamentarischen Alltag der kommunalen Gremien angekommen sind, jedoch kaum politische Erfolge verbuchen konnten. Weder rein kommunalpolitische Initiativen noch offen rechtsextreme Provokationen brachten ihnen messbare Bodengewinne im politischen Raum. Dieser Misserfolg ist zum einen auf die Unfähigkeit eines Teils des politischen Personals der rechtsextremen Parteien zurückzuführen, liegt aber zum anderen auch an dem von Beginn an koordinierten gemeinsamen Handeln der demokratischen Parteien. Die Standards, die sich über die vergangenen drei Jahre hinweg bewährt und als „Berliner Konsens“ herauskristallisiert haben, sollten daher beibehalten und weiterhin konsequent umgesetzt werden.

Für die Demokrat/innen bedeutet dieser Befund eine Bestätigung ihrer bisherigen Arbeit, jedoch keineswegs eine Entwarnung. Die demokratischen Kommunalpolitiker/innen weisen selbst darauf hin, dass es in ihrem Umgang mit den rechtsextremen Verordneten an mehreren Punkten Spannungsfelder, aber auch Entwicklungspotenziale gibt. Nach wie vor sind Verordnete, die sich kontinuierlich gegen Rechtsextremismus engagieren, eine Minderheit; sie bedürfen weiterhin der Unterstützung einer breiten Basis. Zudem sind vermehrte Anstrengungen zur Aufklärung der Bevölkerung über die rechtsextremen Gefahrenpotenziale wünschenswert. Auch die Möglichkeiten für die demokratischen Parteien, ihre Arbeit öffentlich darzustellen und ihre Anstrengungen für Demokratie in den zu Mittelpunkt stellen, sind anscheinend noch nicht ausgeschöpft. Nicht zuletzt muss der Tendenz entgegengewirkt werden, zunehmend eine inhaltliche Positionierung gegenüber Initiativen von rechtsextremer Seite zu unterlassen.

Die zentrale Handlungsempfehlung besteht schließlich darin, einen sachlich differenzierten, inhaltlichen Austauschprozess über die Handlungsmöglichkeiten demokratischer Kommunalpolitik zu initiieren, und zwar über Partei- und Bezirksgrenzen hinweg. Dies ist unerlässlich, vor allem im Hinblick auf die Berliner Wahlkämpfe und Wahlen des Jahres 2011. Bei der Vorbereitung und Durchführung derartiger Austauschprozesse sollten die Kommunalpolitiker/innen der demokratischen Parteien durch ihre Landesverbände unterstützt werden.

³⁰ So der sächsische NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel (zitiert nach: Staud, Toralf: *Moderne Nazis*, Bonn 2006, S. 127).

³¹ Zitat von Alexander Freier, Verordneter der SPD in Treptow-Köpenick.

³² Die Treptow-Köpenicker NPD-Fraktion stellte z.B. im Juli 2009 (Drucksache VI/1188) den Antrag, Schwerbehinderten und Rentner/innen Ermäßigung beim Volkshochschul-Entgelt zuzugestehen – auf den ersten Blick ein rein sozialpolitisches Anliegen. In der Begründung des Antrags beklagte sich die NPD jedoch, dass Asylbewerber/innen im Gegensatz zu Deutschen eine solche Ermäßigung erhalten würden.

³³ Zitat von Rainer Bosse, Vorsteher der BVV Lichtenberg, und Andreas Prüfer, Stadtrat im selben Bezirk (beide Partei Die Linke).

³⁴ Vgl. die Schilderung dieser Vorkommnisse in einem Informationsrundsreiben an Bezirksverordnete, das im Februar 2009 versendet wurde: http://mbr-berlin.de/Verein/Rechtsextremismus_in_den_BVVen/Rundschreiben/661.html (19.10.2009).

³⁵ Vgl. Hafenecker, Benno/Schönfelder, Sven: *Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten. Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie*, Berlin 2007, S. 16–19.

³⁶ Vgl. „Verein für demokratische Kultur in Berlin“ (Hrsg.): *Berliner Erfahrungen. Zwei Jahre demokratische Auseinandersetzungen mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins*, Berlin 2008, S. 29f.

³⁷ Jörg Hähnel auf der Veranstaltung „Frauen in der nationalen Politik“ des „Rings Nationaler Frauen“ Berlin in der Volkshochschule Neukölln am 05.09.2008. Zitiert nach einem unveröffentlichten Transkriptionsmanuskript von „Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V.“ (apabiz).

³⁸ Ebd.

³⁹ Vgl. Fuchs, Gesine: *Politik: Verfasste politische Partizipation von Frauen*. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hrsg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorien, Methoden, Empirie*. Wiesbaden 2008, S. 539–546.

⁴⁰ Niedermayer und Stöss kommen in aktuellen Studien sogar zu dem Ergebnis, dass mehr Frauen als Männer rechtsextreme Einstellungsmuster aufweisen. Vgl. Stöss, Richard/Niedermayer, Oskar: *Berlin-Brandenburg-BUS. Rechtsextreme Einstellungen in Berlin und Brandenburg 2000–2008 sowie in Gesamtdeutschland 2005 und 2008*. Handout für die Pressekonferenz der Deutschen Lazarsfeld-Gesellschaft und des Otto-Stammer-Zentrums an der Freien Universität Berlin am 25. September 2008, S. 14f.

⁴¹ Die sozialdemokratischen Bezirksverordneten Oliver Igel (Vors. der SPD-Fraktion) und Matthias Schmidt nennen als Beispiel den Antrag auf eine Gedenkstele für den führenden Sozialdemokraten Otto Wels (Drucksache VI/0620, beschlossen in der 18. Sitzung der BVV Treptow-Köpenick am 24.04.2008). Sie fragen: *„Wie will man sich als Demokrat gerieren und gleichzeitig eine Ehrung des von den Nazis verfolgten und vor ihnen geflohenen Otto Wels ablehnen? Otto Wels ist für uns ein gutes Beispiel, weil er in Friedrichshagen [im heutigen Bezirk Treptow-Köpenick – d. Verf.] lebte.“* Zahlreiche Beispiele aus anderen Bezirken und von anderen Parteien ließen sich hinzufügen.

⁴² Diese von NPD und „Freien Kräften“ organisierten Aufmärsche fanden von 2003–2007 in Treptow-Köpenick und Neukölln statt, während 2008 der Bezirk Lichtenberg zum Aufmarschort wurde.

⁴³ Zitat von Hassan Metwally und Björn Tielebein, Verordnete der Partei Die Linke in der BVV Marzahn-Hellersdorf.

DOKUMENTARISCHER ANHANG



Sitzung der BVV Lichtenberg in der Aula der Max-Taut-Schule

BUNDESWEITER APPELL DER DEMOKRAT/INNEN: „ECKPUNKTE FÜR DEN UMGANG MIT RECHTSEXTREMEN IN KOMMUNALEN GREMIEN“

Am 03. September 2009 einigten sich mehr als 30 Kommunal- und Landespolitiker/innen demokratischer Parteien, Wissenschaftler/innen und Vertreter/innen von Beratungsprojekten aus sieben Bundesländern anlässlich eines Werkstattgesprächs auf Eckpunkte im Umgang mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien und Landtagen. Das Werkstattgespräch fand im Centrum Judaicum in Berlin auf Einladung des Projektes „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse“ des „Vereins für Demokratische Kultur in Berlin e.V.“ (VDK) in Kooperation mit der „Jüdischen Gemeinde zu Berlin“, der „Amadeu Antonio Stiftung“, dem „Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.“ und dem „Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus“ statt. Sie wurde vom Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration gefördert.

Angesichts dessen,

- ... dass sich Rechtsextreme seit vielen Jahren bemühen, Landesparlamente und kommunale Gremien als Bühnen der Agitation, Experimentierfelder und Lehrwerkstätten sowie als Informations- und Finanzierungsquellen zu instrumentalisieren,
- ... dass nach den Kommunalwahlen am 07. Juni 2009 in Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Rheinland-Pfalz und im Saarland sowie am 30. August in Nordrhein-Westfalen die absolute Zahl der rechtsextremen Sitze in kommunalen Gremien erheblich gestiegen ist,
- ... dass somit immer mehr demokratische Kommunalpolitiker/innen in ihrer alltäglichen politischen Arbeit mit rechtsextremen Provokationen umgehen müssen,
- ... und aufbauend auf den vorhandenen vielfältigen Erfahrungen im Umgang mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien und Landesparlamenten

haben sich Kommunal- und Landespolitiker/innen von Bündnis 90/Grünen, CDU, Linkspartei und SPD, Wissenschaftler/innen und Vertreter/innen fachlicher Beratungsprojekte aus Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen am 03. September 2009 in Berlin zusammengefunden. Als Quintessenz des Fachaustausches werden in diesem gemeinsamen Papier Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit rechtsextremen Strategien und der dahinter stehenden menschenverachtenden Ideologie aufgezeigt.

Die Teilnehmenden appellieren an alle demokratischen Mandatsträger/innen, in ihrem alltäglichen politischen Engagement folgende politischen Eckpunkte zu beachten:

1. **GEMEINSAMES VORGEHEN ALLER DEMOKRAT/INNEN.** Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremen kann nur als gemeinsames demokratisches Anliegen Erfolg haben. Die demokratischen Parteien sind angehalten, sich fortlaufend über ihren Umgang mit den Rechtsextremen abzustimmen. Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus darf nicht zur Domäne einzelner Parteien oder Personen werden, sondern geht jede/n Demokrat/in an.
2. **BEI DER AUSEINANDERSETZUNG MIT RECHTSEXTREMEN DÜRFEN DEREN ANTIDEMOKRATISCHE UND MENSCHENVERACHTENDE POSITIONEN NICHT AUSSER ACHT GELASSEN WERDEN.** Rechtsextreme bemühen sich um Normalisierung und damit um ihre Etablierung als politischer Faktor. Häufig versuchen sie, die Abgrenzung seitens der Demokrat/innen durch (kommunal)

politische Initiativen ohne erkennbaren ideologischen Hintergrund zu unterlaufen. Zunehmend sollen rechtsextreme Frauen und Themen wie Umwelt- oder Sozialpolitik Harmlosigkeit, Bürgernähe und Normalisierung des Rechtsextremismus suggerieren. Die Demokrat/innen sind aufgefordert, stetig und öffentlich wahrnehmbar auf den Charakter der rechtsextremen Ideologie zu verweisen und menschenrechtsorientierte, demokratische Lösungen für gesellschaftliche Problemlagen zu vermitteln.

3. NIEMALS MIT DEN STIMMEN DER RECHTSEXTREMEN KALKULIEREN. Rechtsextreme streben nach öffentlicher Aufmerksamkeit und politischem Einfluss. Gerade in der Rolle des „Züngleins an der Waage“ sehen sie eine Chance. Durch Absprachen unter den demokratischen Parteien gilt es möglichst zu vermeiden, dass sie diese nutzen können. Kurzfristige politische Erfolge sollten nicht damit erkaufte werden, die Feinde der Demokratie langfristig salonfähig zu machen.

4. NIEMALS EINEM ANTRAG DER RECHTSEXTREMEN ZUSTIMMEN. So harmlos und ideologiefrei ein Antrag der Rechtsextremen gelegentlich auch daherkommen mag: Jede Zustimmung bedeutet einen Erfolg der rechtsextremen Bemühungen um Normalisierung. Die generelle Ablehnung rechtsextremer Anträge muss öffentlich und inhaltlich begründet werden.

5. AKTIVE INHALTLICHE AUSEINANDERSETZUNG MIT RECHTSEXTREMEN INHALTEN STATT SCHWEIGEN UND IGNORIEREN. Der antidemokratische, menschenverachtende und rückwärtsgewandte Charakter des Rechtsextremismus muss gegenüber der Bevölkerung immer wieder demaskiert werden. Hierzu bedarf es einer eingehenden Auseinandersetzung mit rechtsextremer Ideologie, Strategien, Strukturen und Organisationen. Jenseits des notwendigen Reagierens auf rechtsextreme Bestrebungen gilt es, in die Offensive zu kommen und eine breite Debatte über die grundlegenden Werte einer demokratischen und an den Menschenrechten orientierten Gesellschaft anzustoßen.

6. KEINE NORMALITÄT IM TÄGLICHEN UMGANG MIT RECHTSEXTREMEN. Auch auf der Ebene der alltäglichen menschlichen Kontakte sollten Demokrat/innen deutlich machen, dass es sich bei den Rechtsextremen nicht um politische Partner/innen, sondern um prinzipielle Feinde der Demokratie handelt – auch wenn die rechtsextremen Mandatsträger/innen vielfach nicht dem Klischee des Neonazis entsprechen, sondern sich bisweilen als nette Bürger/innen von nebenan geben. Die öffentlich wahrnehmbaren Verhaltensweisen demokratischer Politiker/innen senden wichtige Signale aus und beeinflussen das gesellschaftliche Klima im Gemeinwesen.

7. DEN SPIELRAUM DER RECHTSEXTREMEN MIT DEMOKRATISCHEN MITTELN SO WEIT WIE MÖGLICH EINSCHRÄNKEN. Die Instrumentarien von Geschäftsordnung und Sitzungsleitung bieten bei konsequenter Handhabung viele Möglichkeiten, um Störungen und Provokationen durch rechtsextreme Mandatsträger/innen oder Besucher/innen zu unterbinden. Ob Äußerungen rechtsextremer Mandatsträger/innen strafrechtlich relevant sind, muss fortwährend gründlich geprüft werden. Allerdings ersetzt das administrative und juristische Vorgehen keinesfalls die inhaltliche Auseinandersetzung. Demokratische Standards sollten nicht abgesenkt werden, um die Rechtsextremen einzuschränken, sondern Demokratie und politische Teilhabe sind vielmehr weiterhin zu stärken.

8. DIE AUSEINANDERSETZUNG MIT RECHTSEXTREMISMUS IST EINE GESAMTGESELLSCHAFTLICHE QUERSCHNITTAUFGABE. Die Gestaltungsmöglichkeiten von Kommunalpolitik sind vielfältig. Wo Rechtsextreme versuchen, kommunale Gremien als Bühnen ihrer Agitation zu missbrauchen, gilt es für die Demokrat/innen, diese Gremien noch stärker zu Orten gelebter Demokratie zu machen und die Bürger/innen in eine demokratische und an den Menschenrechten orientierte Gestaltung des Gemeinwesens einzubeziehen. Besonders wichtig sind die Förderung, Unterstützung und öffentliche Anerkennung von zivilgesellschaftlichen demokratischen Initiativen sowie das Eintreten für die Betroffenen rechtsextremer Bedrohung und Gewalt.

BBV-VERORDNETE VON NPD, DVU, REP SOWIE RECHTS-EXTREME BBV-VERORDNETE OHNE PARTEIZUGEHÖRIGKEIT

Bräuniger, Eckart

geb. 1971, Außenhandelskaufmann,
bis Juni 2009 Verordneter in Treptow-Köpenick

Bis zur Niederlegung seines Mandates bediente der NPD-Funktionär und ehemalige Kroatien-Söldner durch seine provokativen Äußerungen das Spektrum des aktionsorientierten Rechtsextremismus. Zuletzt jedoch war er in BBV-Sitzungen kaum noch wahrnehmbar. Laut Eigenangaben zog er sich aufgrund des zu wenig eindeutigen rechtsextremen Kurses der NPD in der BBV Treptow-Köpenick aus seinen Ämtern zurück.

Burkhardt, Karl-Heinz

geb. 1939, Gastronom/Rentner,
Verordneter in Marzahn-Hellersdorf

Er ist Mitglied der DVU, wurde aber über die NPD-Liste in die BBV gewählt. Er ist um ein seriöses Erscheinungsbild bemüht. Allerdings sind seine Beiträge in der BBV selten geworden.

Chieduch, Wolfgang-Dieter

geb. 1945, Maurer, Verordneter in Marzahn-Hellersdorf

Nachdem Chieduch im August 2008 aus der NPD ausgetreten ist, hat die Partei in der BBV Marzahn-Hellersdorf den Fraktionsstatus verloren. Chieduch hat zwar seit Herbst 2007 an keiner Sitzung mehr teilgenommen, sein Mandat aber nicht niedergelegt.

Hähnel, Jörg

geb. 1975, Landschaftsgärtner, Verordneter in Lichtenberg

Der amtierende NPD-Landesvorsitzende sammelte bereits Erfahrungen in der Stadtverordnetenversammlung von Frankfurt/Oder. Rhetorisch geschult, betätigt er sich schwerpunktmäßig als rechtsextremer Hardliner. So wurde Hähnel mehrfach wegen in der BBV Lichtenberg getätigter Äußerungen (u. a. öffentliche Billigung von Straftaten) zu Geldstrafen verurteilt.

Liebenow, Fritz

geb. 1949, Fleischermeister, Verordneter in Treptow-Köpenick
Der parteilose Monarchist Liebenow ist den Anforderungen einer BBV kaum gewachsen. Seine Debattenbeiträge offenbaren inhaltliche und rhetorische Unzulänglichkeiten. Liebenows mündliche Anfragen greifen fast ausschließlich kommunalpolitische Themen auf. So scheint er stärker im Bezirk verwurzelt zu sein als beispielsweise Udo Voigt. Nach Routineüberprüfungen aller Bezirksverordneten durch das Bezirksamt, sieht sich Liebenow mit dem Vorwurf der Mitarbeit für das Ministerium für Staatssicherheit konfrontiert.

Meyer, Torsten

geb. 1956, Zimmerermeister/Versicherungsvertreter,
Verordneter in Lichtenberg

Der DVU-Landesvorsitzende gehört trotz Bruchs des „Deutschland-Paktes“ zwischen NPD und DVU weiterhin der NPD-Fraktion in der BBV Lichtenberg an. In BBV- und Ausschusssitzungen suggeriert Meyer Bürgernähe und versucht, den Eindruck kommunalpolitischer Kompetenz zu erwecken.

Rauschenbach, Michael

geb. 1966, Tiefbau-Facharbeiter/Schachtmeister,
Verordneter in Pankow

Als einziger Verordneter der „Republikaner“ (REP) in einer BBV erreicht er kaum öffentliche Aufmerksamkeit. Er nimmt nur noch selten an BBV-Sitzungen teil. In seinen seltenen Beiträgen relativiert er rechtsextreme Angriffe, rückt stattdessen vermeintlichen Linksextremismus in den Fokus und versucht, seine Partei vor dem Vorwurf des Rechtsextremismus in Schutz zu nehmen. Rauschenbach ist Vorsitzender der REP in Pankow.

Sturm, Jan

geb. 1965, Kfz-Mechaniker, Verordneter in Neukölln

Wenig durch eigene Anträge oder Anfragen auffallend, meldet sich Sturm regelmäßig zu Wort und macht zudem durch Zwischenrufe auf sich aufmerksam. Dabei äußert er sich oft auf offen rassistische Weise.

Schmidt, Mandy

geb. 1980, Verkäuferin,
Verordnete in Treptow-Köpenick ab Juni 2009

Schmidt trat die Nachfolge von Bräuniger an. Sie fällt bisher kaum auf, obwohl sie bereits einige wenige Anfragen gestellt hat und in diversen Ausschüssen anwesend ist.

Tönhardt, Manuela

geb. 1952, Kulturwissenschaftlerin,
Fraktionsvorsitzende in der BBV Lichtenberg

Seit ihrem Austritt aus der DVU ist Tönhardt in der NPD aktiv. So ist sie Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Lichtenberg sowie Landesvorsitzende des Berliner „Rings Nationaler Frauen“. Sie nimmt an Ausschusssitzungen teil und fällt durch offen rechts-extreme, aggressive Redebeiträge auf.

Vierk, Thomas

geb. 1973, Maurer/arbeitslos, Verordneter in Neukölln

Im Oktober 2009 ist der ehemalige stellvertretende NPD-Landesvorsitzende aus der rechtsextremen Partei ausgetreten. In der BBV sind kaum noch Aktivitäten von Vierk zu verzeichnen.

Voigt, Udo

geb. 1952, Metallflugzeugbauer/Politikwissenschaftler/
Reserveoffizier,

NPD-Fraktionsvorsitzender in der BBV Treptow-Köpenick

Der NPD-Bundesvorsitzende bemüht sich um ein staatsmännisch-souveränes Auftreten. Durchgängig bei den Sitzungen anwesend, ließ seine Aktivität 2009 dort stark nach.

Wichmann, Matthias

geb. 1973, Maurer, Verordneter in Marzahn-Hellersdorf

Trotz seiner langjährigen Tätigkeit in der NPD bleibt der gebürtige Berliner in den BBV-Sitzungen meist farblos. Mit Anträgen und Anfragen will er sich als Kommunalpolitiker profilieren, tritt aber gelegentlich auch als Provokateur auf. Bei den Bundestagswahlen 2009 erreichte Wichmann das beste Erststimmenergebnis der NPD in Berlin.

DOKUMENTATION AUSGEWÄHLTER REDEBEITRÄGE UND ANTRÄGE AUS DER BVV LICHTENBERG

Die folgenden Redebeiträge wurden in verschiedenen Sitzungen in Bezirksverordnetenversammlungen gehalten. Sie sollen einerseits das Agieren der rechtsextremen Verordneten sowie andererseits die Auseinandersetzung der demokratischen Verordneten mit dem Rechtsextremismus widerspiegeln.

Die hier abgedruckten Beiträge sind offiziellen Wortprotokollen entnommen; Fehler entstammen dem jeweiligen Original.

Antrag: Fortschreibung des Lichtenberger Maßnahmeplans Integration zur Umsetzung des Berliner Integrationskonzepts „Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken“
Drucksache 1056/VI

Antragsteller: Bezirksamt Lichtenberg

Antragsinhalt: Der Ausschuss Gleichstellung/Integration empfiehlt der Bezirksverordnetenversammlung die Drucksache 1056/VI, Fortschreibung des Lichtenberger Maßnahmeplans Integration zur Umsetzung des Berliner Integrationskonzepts „Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken“, mit folgender Ergänzung zu beschließen.

Darüber hinaus wird angeregt: 1. künftig bei der Fortschreibung des Maßnahmeplans auch die Maßnahmen und Ergebnisse freier Träger aus dem Sozialbereich in der interkulturellen Arbeit einzubeziehen und entsprechend darzustellen; 2. Flyer in diversen Sprachen zu veröffentlichen, um über die Parkanlagen, die Nutzung und Ge- und Verbote zu informieren; 3. zu prüfen, in wie weit Maßnahmen bereichsübergreifend zusammengeführt werden können; 4. zukünftig darzustellen, in wie weit Maßnahmen von freien Trägern durchgeführt werden.

Begründung: Die im Maßnahmeplan beschriebenen Aktivitäten, Ziele und Perspektiven beinhalten die Fortsetzung der bewährten bezirklichen Integrationspolitik unter Mitwirkung der Migrantinnen und Migranten.

Begründung der Dringlichkeit: Der Maßnahmeplan ist eine Handlungsgrundlage für die kontinuierliche bezirkliche Integrationspolitik.

Debatte: vom 06.11.2008, Fortsetzung der 23. Sitzung der BVV Lichtenberg

Abstimmung: Der Antrag wurde in die Ausschüsse überwiesen und ist mittlerweile beschlossen worden.

Sonstiges: Am 07.07.2009 verurteilte das Amtsgericht Tiergarten Hähnel aufgrund seiner getätigten Äußerungen zur Zahlung einer Geldstrafe.

Auszüge: Jörg Hähnel (NPD)

Herr Vorsteher, meine Damen und Herren „Multikultur ist gescheitert“ sagte schon Neuköllns Bezirksbürgermeister Buschkowski. Nun versucht man mit einem neuen Zauberwort das Gleiche umzusetzen, nämlich mit dem Wort Integration. Letzten Endes egal unter welchem Begriff sich das auch verbürgt, geht es jedoch um nichts anderes als um die Schaffung von Parallelwelten und letzten

Endes um die Verdrängung der Deutschen Mehrheitsbevölkerung. Das was uns heute hier so schön als eine bunte, vielfältige Welt verkauft wird ist zwar viel Breite, aber wenig Tiefe. Verfassungspatriotismus als gesellschaftlicher Minimalkonsens wird aber keine Grundlage einer stabilen Ordnung bilden. Ganz im Spenglerschen Sinne geht es hier von der Überführung der Kultur in eine bloße Zivilisation, in eine Auflösungsgesellschaft. Wir als NPD werden uns der geplanten Auflösung des Deutschen Volkes mit aller Macht und mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln entgegensetzen. Diese Auflösung ist, ich wiederhole mich hier, nichts anderes als Völkermord. Völkermord aber ist ein Verbrechen und jeder der dem Wort Integration zustimmt, muss sich auch gefallen lassen, als Verbrecher bezeichnet zu werden. Was wir, was wir, ja wer jetzt wieder mit Gerichten droht, zeigt doch, wie erbärmlich er in seiner Argumentation letzten Endes ist. Was wir in Lichtenberg und was wir in Berlin und Deutschland brauchen, ist keine Integration sondern ein Konzept zur Ausländerrückführung.

Rainer Bosse (Die Linke)

Meine Damen und Herren, Sie haben eben ein Beispiel erlebt, wie sehr leichtfertig mit Begriffen umgegangen wird. Herr Hähnel, ich erlaube mir an der Stelle, was ein Vorsteher sehr selten macht, einen Kommentar. Wenn Sie meinen, dass Integration und Völkermord in eine Kiste gehören, dann muss ich Ihnen sagen, dann stehen Sie mit dieser Meinung in diesem Raum deutlich allein.

Antrag: Runder Tisch zur Verhinderung rechtsextremistischer Handelsunternehmungen
Drucksache 1070/VI

Antragsteller: SPD-Fraktion

Antragsinhalt: Die Bezirksverordnetenversammlung wolle beschließen: Das Bezirksamt wird ersucht, einen Runden Tisch zur Verhinderung rechtsextremistischer Handelsunternehmungen sowie gegen den Verkauf rechtsextremistischer Marken- und sonstiger Artikel einzurichten, zu dem u. a. Center-Managements, Haus- und Grundeigentümer sowie Wirtschafts- und Handelsverbände eingeladen werden.

Begründung: Die rechtsextreme Szene ist bestrebt, mit vermeintlich gewöhnlichem Auftreten in die Mitte der Gesellschaft vorzudringen. Dies geschieht beispielsweise durch den Verkauf rechtsextremer Szenekleidung der Marke „Thor Steinar“. Die Marke wirkt auf den ersten Blick wie ein modischer Kleidungsstil für junge Menschen. Aufdrucke und Applikationen sind jedoch so codiert, dass sie von Anhängern und Sympathisanten der rechtsextremen Szenewahrgenommen werden. Die Anlehnung an nordisch-germanische Runensymbolik trifft den Geschmack der Neonazi-Szene und ihres subkulturellen Umfeldes. Darüber hinaus wird angestrebt, unpolitische Käuferschichten zu erschließen, die die rechtsextreme Botschaft unwissentlich weiterverbreiten. Häufig ist Vermietern von Ladenlokalen oder Gewerbetreibenden diese Codierung gar nicht bekannt bzw. werden sie bewusst darüber in Unkenntnis gelassen. Der Runde Tisch soll zur Aufklärung beitragen, rechtliche Gegenstrategien aufzeigen und somit helfen, den Verkauf solcher Waren im Bezirk Lichtenberg zu verhindern.

Debatte: vom 27.11.2008, 24. Sitzung der BVV Lichtenberg

Abstimmung: Der Antrag wurde mit Änderungen beschlossen und im Folgenden umgesetzt.

Vorlage zur Kenntnisnahme (vom 23.04.2009, 29. Sitzung der BVV Lichtenberg): Am 27.11.2008 hat die BVV das Bezirksamt ersucht, einen Runden Tisch zur Verhinderung rechtsextremistischer Handelsunternehmungen sowie gegen den Verkauf rechtsextremistischer Marken- und sonstiger Artikel einzurichten, zu dem u. a. Center-Managements, Haus- und Grundstückseigentümer sowie Wirtschafts- und Handelsverbände eingeladen werden. Das Bezirksamt bittet die BVV, folgendes zur Kenntnis zu nehmen. Am 27.02.'09 fand ein vom Bezirksstadtrat für Wirtschaft und Immobilien, Dr.

Prüfer, initiiertes Runder Tisch zu o. g. Thematik statt, an dem Vertreter folgender Institutionen teilnahmen: Industrie- und Handelskammer, Handelsverband Berlin-Brandenburg e. V., ECE-Center in Berlin-Lichtenberg, Wohnungsvermieter mit Gewerbemietangeboten, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR). Vermieter, Center-Manager, Verbände und Bezirksamt sind sich nach intensivem Austausch zur Situation in Lichtenberg darin einig, gemeinsam und abgestimmt der Verbreitung von rechtsextremistischem, rassistischem und antisemitischem Gedankengut, darunter auch dem Verkauf bestimmter Artikel, entgegenzutreten. Die Vermieter lehnen entsprechende Mietersuche ab und kündigen laufende Mietverträge, soweit entsprechende Aktivitäten und/oder Angebote der Mieter etc. erkennbar sind. Hierbei wird von den Vermietern neben der Verletzung allgemeiner mietvertragsrechtlicher Klauseln in jedem Fall auch ausdrücklich die Verbreitung von rechtsextremem, rassistischem und antisemitischem Gedankengut angegriffen und aus allgemein-politischen wie auch aus geschäftspolitischen Gründen abgelehnt.

Antrag: Hinweisschild für Kriegsgräberstätte
Drucksache 1194/VI

Antragsteller: NPD-Fraktion

Antragsinhalt: Die Bezirksverordnetenversammlung wolle beschließen: Das Bezirksamt wird ersucht vor dem evangelischen Friedhof in der Konrad-Wolf-Straße ein Hinweisschild für die auf dem Friedhof befindliche Kriegsgräberstätte anzubringen, wie es für solche Orte üblich ist.

Begründung: Bisher gibt es keinerlei Hinweise auf die Kriegsgräberstätte. Der Bürger soll aber auch der Opfer unseres eigenen Volkes gedenken können, die das große Völkerringen des vergangenen Jahrhunderts mit sich brachte. Die deutschen Toten dürfen nicht versteckt und verschwiegen werden.

Debatte: vom 26.02.2009, 27. Sitzung der BVV Lichtenberg

Abstimmung: Der Antrag wurde von den Verordneten der demokratischen Parteien abgelehnt.

Auszüge: Prof. Dr. Jürgen Hofmann (Die Linke)

Der vorliegende Antrag der Fraktion der NPD reiht sich ein in die sattsam bekannten Versuche, Kommunalpolitik für rechtsextreme Ideologie zu instrumentalisieren. Wer in der Begründung des Antrages schaut und vom „großen Völkerringen im vergangenen Jahrhundert“ liest, möchte meinen, es handle sich um die Erinnerung an einen sportlichen Wettbewerb. Es geht aber um einen verbrecherischen Krieg, den ein verbrecherisches Regime für verbrecherische Ziele angestrengt hatte. Der Überfall auf Polen ist übrigens im September dieses Jahres gerade einmal 70 Jahre her.

Die Bilanz des zweiten Weltkrieges überfordert auch nach nur sechs Jahrzehnten das menschliche Vorstellungsvermögen. Sie bleibt eine Bilanz des Schreckens und damit dauerhafte Mahnung an die Nachgeborenen und an die Politik. Nach neueren Berechnungen starben mehr als 60 Millionen Menschen bei Kampfhandlungen, durch Repressalien, Massenvernichtungsaktionen und Kriegseinwirkungen. Von den 18 Millionen Menschen, die das NS-Regime in Konzentrationslager verbrachte, wurden 11 Millionen ermordet oder durch Arbeit vernichtet. Unfassbar der industrielle Massenmord an 6 Millionen europäischer Juden, die – wie auch Sinti und Roma – dem Rassengenozid zum Opfer fielen. In Deutschland mussten fast 8 Millionen und in Japan über 2 Millionen Menschen aus den eroberten Ländern Zwangsarbeit leisten. Mit über 27 Millionen Menschen hatte die Sowjetunion die mit Abstand größten Verluste zu beklagen. China zahlte mit 15 Millionen, Polen mit 6 Millionen, Jugoslawien mit 1,7 Millionen, Frankreich mit ca. 800.000, die USA und Großbritannien mit jeweils 400.000 und Italien mit 300.000 Toten ebenfalls einen hohen Blutzoll. Das „Dritte Reich“ verheizte für größten-

wahnsinnige Weltherrschaftspläne allein an den Fronten 6 Millionen deutscher Staatsbürger.

Das aktuelle Verzeichnis der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft listet allein für die landeseigenen und konfessionellen Friedhöfe des Bezirks Lichtenberg 4.254 Einzel und acht Sammelgräber auf. Es gibt kaum einen Friedhof im Bezirk, der nicht mit den Hinterlassenschaften von Krieg und Gewaltherrschaft konfrontiert wäre. Die Friedhofsverwaltungen unternehmen große Anstrengungen für die Pflege und würdige Ausgestaltung der entsprechenden Einzelgräber und Grabanlagen. Das Gräbergesetz der Bundesrepublik Deutschland sichert das Dauerruherecht für diese Gräber. Im § 1 ist der Personenkreis definiert, der dieses Dauerruherecht in Anspruch nehmen kann. Er ist vom Gesetzgeber ausdrücklich nicht auf deutsche Soldaten beschränkt worden.

Im bin mir sicher, dass die überwältigende Mehrheit der Bezirksverordneten sich dem durchsichtigen Versuch der NPD verweigern werden, das Recht auf Trauer für nationalistische Attacken zu missbrauchen. Der Antrag ist deshalb abzulehnen.

Antrag: Babyinspektoren auch für Lichtenberg
Drucksache 1409/VI

Antragsteller: NPD-Fraktion

Antragsinhalt: Die Bezirksverordnetenversammlung wolle beschließen: Nach dem Vorbild des Bezirkes Treptow-Köpenick werden im Bezirk Lichtenberg Hausbesuche, sog. Baby-Inspektionen, durchgeführt, um rechtzeitig Kindesmisshandlungen oder Kindesvernachlässigungen aufzudecken.

Begründung: Immer wieder und sehr oft durch Zufall werden in Haushalten Kinder entdeckt, deren Kleidung völlig verdreckt ist, die im Müll leben oder deren permanent betrunkene Eltern sie kaum oder unzureichend versorgen. Eine planmäßige Kontrolle der Haushalte, in denen Neugeborene leben, durch das Jugend- und Gesundheitsamt würde in vielen Fällen wirksame Abhilfe schaffen.

Debatte: vom 17.09.2009, 33. Sitzung der BVV Lichtenberg

Abstimmung: Der Antrag wurde von den Verordneten der demokratischen Parteien abgelehnt.

Auszüge: Manuela Tönhardt (NPD)

Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, der Bezirk Treptow-Köpenick ist uns ein Schritt voraus. Seit über einem Jahr gibt es dort eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Jugend- und dem Gesundheitsamt. Tatsache ist, dass in Berlin das seelische Leiden der Kinder zunimmt. In einem Bericht der Kinder- und Jugendgesundheitsdienste für das Jahr 2007 wurde bei 1 123 Kindern im Alter von 6 Jahren, im Alter von 1 bis 6 Jahren ein Verdacht auf Kindeswohlgefährdung festgestellt. Dabei sind die meisten Fälle auf Vernachlässigung zurückzuführen. Die Gesundheitssenatorin, Frau Lompscher, führt den Anstieg der registrierten Gefährdungen auf die erhöhte Aufmerksamkeit zurück. Fälle in denen die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen gefährdet ist, würden zunehmend gemeldet. Wir gehen in unserem Antrag davon aus, dass es auch in unserem Bezirk Fälle von Vernachlässigungen oder Misshandlungen gibt. Armut, und die haben wir ja hier auch, geht oft mit Verwahrlosung einher. Ganz Eifrig unter Ihnen, meine Damen und Herren, werden jetzt wieder die besondere Menschenverachtung in unserem Antrag erkennen. Aber wir haben nicht ausschließlich von deutschen Kindern gesprochen. Jedes Kind hat ein Recht auf Fürsorge. Alles andere steht auf einem anderen Blatt.

Michael Räbler-Wolff (Bezirksstadtrat/Die Linke)

Sehr geehrter Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, sehr geehrte Frau Tönhardt, das Bezirksamt

hat bei den verschiedensten Gelegenheiten und auch in seinen Quartalsberichten in den vergangenen Jahren dargestellt, dass es sehr viel nimm, um junge Eltern zu unterstützen. Wir haben in den Quartalsberichten auch unter anderem darüber informiert, dass eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Gesundheitsamt und dem Jugendamt abgeschlossen ist. Ich will hier erinnern an die Erst-Hausbesuche des Kindergesundheitsdienstes bei Eltern von Neugeborenen, an das Projekt „Welcom“ – das Eltern hilft, in dem es junge Mütter unterstützt, an das Programm „Opstapje“ – erste Schritte, mit wir Eltern Hilfen für den Alltag geben. Wir schauen sehr genau hin, wenn Kinder in Not geraten können. Aber wir stellen die Eltern auch nicht unter Generalverdacht. Wir wollen die Eltern durch vielfältige Angebote, auch durch Besuche zu Hause dabei unterstützen, dass sie gute Eltern sind, denn Eltern und Kinder brauchen schon von den ersten Augenblicken an, von Anfang an, sehr innige, sehr liebevolle, sehr nahe Beziehungen. Wir wollen Eltern ermutigen, dass sie sich Zeit für ihre Kinder nehmen. Denn was passieren kann, wenn das nicht passiert haben die „Ärzte“ in einem Lied Anfang der 90er Jahre besungen: Deine Gewalt ist nur ein stummer Schrei nach Liebe, Deine Springstiefel sehnen sich nach Zärtlichkeit. Du hast nie gelernt Dich zu artikulieren, denn Eltern hatten niemals für Dich Zeit. Und soweit wollen wir es ja wirklich nicht kommen lassen. Vielen Dank.

TABELLARISCHE DOKUMENTATION DER RECHTSEXTREMEN ANTRÄGE UND ANFRAGEN

Anträge sowie Kleine, Mündliche und Große Anfragen der NPD in den Bezirksverordnetenversammlungen wurden für den Zeitraum von September 2008 bis Juli 2009 erfasst.

ANTRÄGE DER NPD IM BEZIRKLICHEN VERGLEICH

Zeitraum		Lichtenberg	Marzahn-Hellersdorf	Neukölln	Treptow-Köpenick	Gesamt
2008	September	1	1	0	2	4
	Oktober	3	0	1	2	6
	November	3	0	0	0	4
	Dezember	2	0	0	0	2
2009	Januar	2	0	0	0	2
	Februar	3	0	0	0	5
	März	3	0	0	0	5
	April	1	0	0	0	1
	Mai	2	0	0	0	4
	Juni	2	0	0	0	2
	Juli	3	0	0	2	5
	August	0*	0*	0*	0*	0*
	September	3	0	0	0	3
	Durchschnitt pro Monat	2,15	0,62	0,08	0,46	3,31
	Gesamt	28	8	1	6	43
	September 2008 bis September 2009					
Gesamt	66	26	25	37	154	
Oktober 2006 bis September 2009						

* Sommerpause

KLEINE, MÜNDLICHE UND GROSSE ANFRAGEN IM BEZIRKLICHEN VERGLEICH

Lichtenberg:	Kleine Anfragen	Mündliche Anfragen	Große Anfragen
Gesamt	6	2	0
Hähnel	4	0	0
Meyer	2	0	0
Tönhardt	0	2	0

Marzahn-Hellersdorf:	Kleine Anfragen	Mündliche Anfragen	Große Anfragen
Gesamt	6	2	2
Burkhardt	0	0	0
Wichmann	6	2	2
Chieduch	0	0	0

Neukölln:	Kleine Anfragen	Mündliche Anfragen	Große Anfragen
Gesamt	0	4	0
Sturm	0	2	0
Vierk	0	2	0

Treptow-Köpenick:	Kleine Anfragen	Mündliche Anfragen	Große Anfragen
Gesamt	6	21	0
Liebenow	1	11	0
Voigt	4	7	0
Bräuniger (bis Mai 2009)	0	0	0
Schmidt (ab Juni 2009)	1	3	0

Gesamt:	Kleine Anfragen	Mündliche Anfragen	Große Anfragen	Anfragen gesamt
Lichtenberg	6	2	0	8
Marzahn-Hellersdorf	6	2	2	10
Neukölln	0	4	0	4
Treptow-Köpenick	6	21	0	27
Gesamt	18	29	2	49
September 2008 bis September 2009				
Gesamt	103	83	21	207
Oktober 2006 bis September 2009				

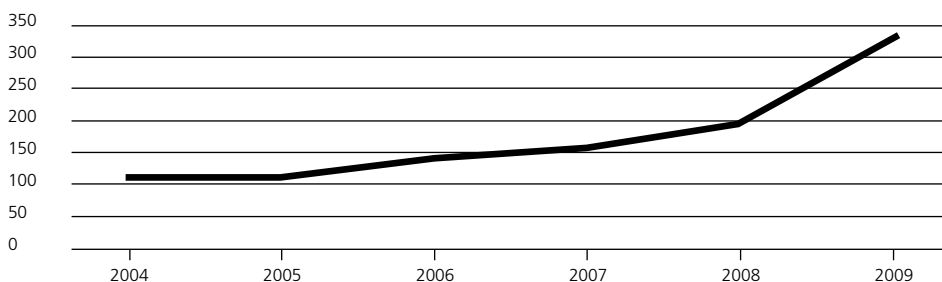
QUANTITATIVE ENTWICKLUNG DER MANDATE VON NPD UND NPD-NAHEN LISTEN⁴⁴ IN DEN KOMMUNALEN GREMIEN ALLER BUNDESLÄNDER VON 2004 BIS 2009

Die folgenden Zahlen basieren auf Aussagen der jeweiligen Statistischen Landesämter, öffentlich zugänglichem Datenmaterial und Angaben in Printmedien. Da aber eine zentrale Datenerfassung fehlt, können Angaben variieren. Eine allgemeine Entwicklungstendenz wird dennoch deutlich. Die Zahlen beziehen sich auf Mandate in Kreistagen, Stadträten, Gemeinderäten, Stadtverordnetenversammlungen, Ortsbeiräten und Bezirksvertretungen.

Bundesland	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Baden-Württemberg	0	0	0	0	0	1*
Bayern	1	1	1	1	3*	3
Berlin	0	0	11*	11	10 ⁴⁵	9 ⁴⁶
Brandenburg	5	5	5	5	28*	28
Bremen	0	0	0	0*	0	0
Hamburg	0	0	0	0	0	0
Hessen	13	13	23*	23	23	23
Mecklenburg-Vorpommern	10*	10	10	10	10	43*
Niedersachsen	3	3	17*	17	17	17
Nordrhein-Westfalen	15*	16 ⁴⁷	16	16	16	24*
Rheinland-Pfalz	0*	0	0	0	0	6*
Saarland	4*	4	4	4	4	3*
Sachsen-Anhalt	7	7	7	17*	17	32*
Sachsen	48*	48	48	48	65*	118*
Schleswig-Holstein	0	0	0	0	2*	2
Thüringen	1*	1	1	1	1	22*
Gesamt	107	108	143	153	196	331

* Kommunalwahlen

MANDATSTRÄGER/INNEN DER NPD ODER NPD-NAHER LISTEN BUNDESWEIT



⁴⁴ Manchmal treten NPD-Mitglieder und -Funktionäre auf Wahl-listen an, die inhaltlich wie personell der NPD nahestehen. Beispielhaft sei hier die „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA) aus München genannt.

⁴⁵ Verlust eines Mandats für die NPD durch Austritt eines Mandats-trägers in der Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellers-dorf aus der NPD

⁴⁶ Verlust eines Mandats für die NPD durch Austritt eines Mandats-trägers in der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln aus der NPD

⁴⁷ Zugewinn eines Mandats für die NPD durch Übertritt eines Man-datsträgers im Stadtrat Dortmund zur NPD

LITERATURTIPPS

Rechtsextremismus in Parlamenten

Begrich, Pascal / Weber, Thomas:

Zwei Jahre NPD-Vertreter/innen in den Kreistagen Sachsen-Anhalts. Ein Forschungsbericht [http://gstb-thueringen.de/media/custom/389_7081_1.PDF], Magdeburg 2009.

Beier, Katherina / Bogitzky, Jenny / Buchstein, Hubertus / Feike, Katharina / Fischer, Benjamin / Freyber, Pierre / Strüwing, Mathias / Wiedemann, Tim: Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns, Greifswald 2006.

Bogitzky, Jenny / Buchstein, Hubertus / Heil, Torsten: Kein Platz für Rechtsextremisten in Kommunalparlamenten. Anregungen für Kommunalpolitiker bei der Auseinandersetzung im Kommunalwahlkampf. Herausgegeben von der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald. Institut für Politik- und Kommunikationswissenschaft. [<http://hubertus-buchstein.de/Broschuere%20Rechtsextremisten%202009.pdf>]. Greifswald 2009.

Brodkorb, Mathias / Schlotmann, Volker: Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, SPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Rostock 2008.

CDU-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Aktiv für Demokratie und Toleranz. Handreichung zum Umgang mit Rechtsextremisten, Schwerin 2008.

Eckel, Annika: Kalkulierte Tabubrüche und wehrhafter Opfermythos. Selbstinszenierung der Berliner NPD in der Kommunalpolitik, in: apabiz – Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum e. V./Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) (Hrsg.): Berliner Zustände 2007. Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, Berlin 2008, S. 37–45.

Hafenegger, Benno / Schönfelder, Sven: Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten – Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie. Eine qualitative Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, Berlin 2007.

Horáček, Milan / Striegel, Sebastian (Hrsg.): Nazis in den Parlamenten, Halle 2008.

Niemann, Laura: Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Ihre Parlamentsarbeit im ersten Jahr, Greifswald 2008.

Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (Hrsg.): Berliner Erfahrungen. Zwei Jahre demokratische Auseinandersetzungen mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien, [http://mbr-berlin.de/Verein/Rechtsextremismus_in_den_BVVen/Publikationen/512.html], Berlin 2008.

Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V./Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V. (Hrsg.): Nach den Kommunalwahlen in sieben Bundesländern: Was hilft gegen extrem rechte Mandatsträger/innen in kommunalen Gremien? Berlin/Magdeburg 2009.

Rechtsextremismus Allgemein

apabiz – Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum e.V.: Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD). Programm, Struktur, Personal und Hintergründe, 2., aktualisierte Auflage, Berlin 2008.

Botsch, Gideon / Kopke, Christoph: Die NPD und ihr Milieu. Studien und Berichte, Münster/Ulm 2009.

Brandstetter, Marc: Die NPD im 21. Jahrhundert. Eine Analyse ihrer aktuellen Situation, ihrer Erfolgsbedingungen und Ausichten, Marburg 2006.

Decker, Oliver / Brähler, Elmar: Vom Rand zur Mitte. Rechts-extreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, Berlin 2006.

Decker, Oliver / Brähler, Elmar: Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008 – mit einem Vergleich von 2002 bis 2008 und der Bundesländer, im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, Berlin 2008.

Klärner, Andreas: Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit. Selbstverständnis und Praxis der extremen Rechten. Hamburg 2008.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin / [moskito] – Netzwerkstelle gegen Fremdenfeindlichkeit / Licht-Blicke – Netzwerk für Demokratie und Toleranz (Hrsg.): Wir lassen uns das Wort nicht nehmen! Empfehlungen zum Umgang mit rechtsextremen Besucher/innen bei Veranstaltungen, Berlin 2007.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (Hrsg.): Handlungs-Räume. Umgang mit rechtsextremen Anmietungsversuchen von öffentlich-rechtlichen Veranstaltungsräumen, Berlin 2008.

Molthagen, Dietmar / Klärner, Andreas / Korgel, Lorenz / Pauli, Bettina / Ziegenhagen, Martin (Hrsg.): Lern- und Arbeitsbuch. Gegen Rechtsextremismus. Handeln für Demokratie, Bonn 2008.

Molthagen, Dietmar / Korgel, Lorenz (Hrsg. Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Berlin): Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Berlin 2009.

Röpke, Andrea/Speit, Andreas (Hrsg.): Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft, Berlin 2008.

Staud, Toralf: Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD, Bonn 2006.

Stöss, Richard/Niedermayer, Oskar: Berlin-Brandenburg-BUS. Rechtsextreme Einstellungen in Berlin und Brandenburg 2000–2008 sowie in Gesamtdeutschland 2005 und 2008, Handout für die Pressekonferenz der Deutschen Lazarsfeld-Gesellschaft und des Otto-Stammer-Zentrums an der Freien Universität Berlin am 25. September 2008. [http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/forschung/media/rex_00_08.pdf], Berlin 2008.

EMPFEHLENSWERTE INTERNETSEITEN

Amadeu Antonio Stiftung – Initiativen für Zivilgesellschaft und demokratische Kultur

www.amadeu-antonio-stiftung.de

apabiz – Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum e. V.

www.apabiz.de

blick nach rechts

www.bnr.de

ENDSTATION RECHTS. – Ein Portal gegen Rechtsextremismus und über Rechtskonservatismus

www.endstation-rechts.de

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin

www.mbr-berlin.de

Mut gegen rechte Gewalt – Das Internetportal gegen Rechtsextremismus

www.mut-gegen-rechte-gewalt.de

Netz gegen Nazis

www.netz-gegen-nazis.de

NPD-BLOG.INFO – Eine Dokumentation über die NPD und menschenfeindliche Einstellungen

www.npd-blog.info

Projekt „Nazis in den Parlamenten“ – Berlin

www.nip-berlin.de

Projekt „Nazis in den Parlamenten“ – Sachsen

www.nip.systemli.org

Reach Out – Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus,

Rassismus und Antisemitismus

www.reachoutberlin.de



Das Projekt „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse“ ist ein Projekt des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin e. V. (VDK) und kooperiert eng mit der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)“. www.mbr-berlin.de



Es wird gefördert durch den Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration im Rahmen des „Berliner Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“.



Der „Berliner Ratschlag für Demokratie“ ist ein breit angelegtes Bündnis der bürgerlichen, zivilen Gesellschaft und möchte mit der Kampagne „Mein Markenzeichen Respekt“ ein Zeichen setzen für Vielfalt und Respekt. Die Initiative wird gefördert durch den Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration.

Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins –
Dokumentation und Analyse

Chausseestraße 29 | 10115 Berlin | Telefon 030. 275 95 027
doku-und-analyse@vdk-berlin.de | www.vdk-berlin.de

